

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gepaltene Pettizeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendeindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 37 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telefon: Ami IV, 2120

Berlin, den 16. September 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Kopenhagen. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909. III. — Die deutschen Betriebsräte. (Schluß). — Gaben die Gewerkschaften auch politische Interessen wahrzunehmen? — Gau Stuttgart. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rumbösch. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Vorkurs. — Arbeitsänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 18. bis 24. September ist der 28. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Delmenhorst. Wegen Streit in der Wagenfabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

Görlitz. Der Streit bei der Firma Julius Arnolds-Wag. dauert unverändert fort.

Uetersen. Der Streit in der Reifeseifenfabrik Kühnfeld & Co. und in der Wulfschen Lederwarenfabrik dauert unverändert fort.

Zusatz der Ausperrung der Werftarbeiter, darunter auch eine Anzahl Kollegen, wird gebeten, alle Werftarbeiter streng zu meiden.

Hannover. Die Offiziersattler stehen in einer Tarifbewegung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Brünn. Die Treibriemensattler der Firma Schmal stehen in einem Abwehrstreik.

Von allen oben genannten Orten ist der Bezug streng fernzuhalten.

Kopenhagen.

H. W. Es wäre ein böses Unterfangen, jetzt post festum in einem Gewerkschaftsblatte über die Bedeutung des achten internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses berichten zu wollen, nachdem die Tagespresse und periodisch erscheinende Zeitungen in Wort und Bild ihre Leser im laufenden gehalten haben. Meine Nachlese kann also nur eine schlichte Wiederholung der mir gewordenen Eindrücke und eine knappe Würdigung der gesägten Resolutionen sein.

Schon eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges hatte sich auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin eine illustre Gesellschaft versammelt, deren Andrang die Verwunderung der Bahnbeamten erregte. Oesterreicher, Tschechen, Bulgaren, Rumänen, Russen, Franzosen, Deutsche und Berliner Delegiert: waren es, die den bequemeren Weg über Warnemünde bevorzugten und jetzt die Wagenabteile nach Sitzen durchsuchten, um so besser die Gegend und Umgebung zu beobachten. Da die Eisenbahnverwaltung auf solchen Massenandrang nicht vorbereitet war, wurden in jedem Abteil 8 Personen placiert. Raum

durchaus die Zug die Laubenkolonien und die neu angelegten Gartenstädte, war das Woher erleblich. Alle Bekannte drückten sich die Hand, neue Beziehungen wurden angeknüpft. Nach einer kaum halb- stündigen Fahrt war in allen Abteilen und Gängen die schönste Kongressdebatte im Flug. Den Deutschen Leiterreichern lag die Erledigung der Streitfrage mit den separatistischen Tschechen ganz besonders am Herzen, weswegen sie schon jetzt Stimmung zugunsten ihrer Resolution zu machen suchten, die in allen Ländern eine einheitliche und geschlossene Gewerkschaftsorganisation forderten. Die Tschechen verfielen der Gesprächigkeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit, sind sie doch fast alle der deutschen Sprache mächtig. Aber sich darin verständlich zu machen, fällt ihnen gar nicht ein. Sie unterhalten sich in tschechischer Sprache, die wir ja nicht verstehen, weil tschechisch keine offizielle Kongresssprache ist und in den Schulen bei uns nicht gelehrt wird. Durch die anregende Unterhaltung war man vom Beobachten der Landschaften abgelenkt. Einige Berliner, Sachsen und Thüringer mußten wohl die Rücksicht hegen, wenn die Diskussion so fort geht, ist der Kongress schon vor dem Beginn erleblich, weswegen sie den Versuch machten, durch einen kleinen Stasch die Zeit bis Warnemünde zu vertreiben. Hier eingetroffen, mühen die Reisenden 3. Klasse den Zug verlassen, während die 1. und 2. Klasse ihre Klage behaupten dürfen. Denn nur deren Wagen finden auf der Fahrt nach Sjæder Plaz, die Drittklassigen müssen mit Sad und Bad so gut wie möglich auf der Fahrt Unterchlupf suchen. Die Leberfahrt bei gutem Wetter gehört mit zu den herrlichsten Abwechslungen einer längeren Reise. Nach zirka zweistündiger Seefahrt wird Sjæder erreicht. Fischer und Koffer sind zu öffnen, der Zollbeamte würdigt den Inhalt kaum eines Blickes und mit einem freundlichen Kopfnicken die Visitation beendet. Die Freundlichkeit und das Lächeln der dänischen Verkehrsbeamten ist vorteilhaft von denen der preussisch-berliner Eisenbahngemeinschaft ab. Nach 15-stündiger Eisenbahnfahrt heißt es wieder: Aussteigen! Die Leberfahrt von Credo nach Marsnedre dauert 20 Minuten. Herrliche Buchenwälder und ausgedehnte Riedweiden, wodurch die Insel Seeland ja berühmt ist, durchzieht unser Zug, um nach 10-stündiger angenehmer Reise Kopenhagen zu erreichen. Der Bahnhof, der den Vorzug hat, im Zentrum der Stadt zu liegen, macht einen sehr primitiven Eindruck. Er wird ja auch in einigen Jahren dem 22 Millionenneubau Plaz machen. Das Lokalkomitee hatte alle Hotels in der Nähe des Bahnhofs für die Delegierten mit Beschlag belegt. Wie die Besucher sich auf das „Kaffieren“ der Fremden verstehen, davon nur ein Beispiel. In einem „Grand-Hotel“ (der Name tut nichts zur Sache), war der Preis für Logis und Frühstück mit 2,50 Kronen (1 Krone entspricht dem Werte von 1,13 M., hat aber den Kaufwert von nur 1 M. in Berlin) vereinbart. Der Hotelier empfahl seine Logis von 1—1,50 Kr. in einer Kopenhagener Zeitung. Wegen des Preisunterschiedes zur Rede gestellt, erklärte er mit der unschuldigsten Miene der Welt: „Na, wenn Sie ja zu mir gekommen wären, dann hätten Sie auch nur 1,50 Kr. zu bezahlen. Aber wenn Sie von die Verein kommen, dann müssen Sie 2,50 Kr. zahlen.“ Gegen solche Beweisführung ließ sich um so weniger etwas einwenden, als zurzeit in Kopenhagen sämtliche Hotels überfüllt waren und man sich schon glücklich schätzte, für 4 Kr. ein Unterkommen zu finden. Die Restaurationspreise sind, abgesehen

von dem Verhältnis der Krone zur Mark, viel höher wie in Berlin. Die Speisen sind im allgemeinen gut zubereitet. Vor allem ist der Kaffee vorzüglich. Eine besondere Spezialität sind die Smørbrode, d. h. kleine Scheiben Brot, mit Butter getrichen und viel Belag darauf.

Kopenhagen macht in der Nähe des Bahnhofes keinen schönen Eindruck, trotzdem sich hier der gesamte Verkehr konzentriert. Das Vergnügungsetabliement „Tivoli“, zu dem jeder Kongressdelegierte freien Eintritt hatte, befindet sich gegenüber dem Bahnhof. Nicht weit davon ist das Gewerthemuseum, der Mathausplatz mit dem neuen Mathaus, dessen Einrichtungen ich unter Führung unseres Freundes und Bürgerrepräsentanten Jønsen bewundern durfte. Für unsere preussisch-deutsche Auffassung ist ganz besonders auffallend, daß jeder Stadtverordnete zu jeder Tageszeit das Recht hat, Fremde durch alle Zimmer und Säle des Mathaus zu führen. Eingeweihte erzählten, daß das Mathaus in Berlin seinen Vergleich mit dem in Kopenhagen aushalten kann. Vor dem Mathaus steht eine große bronzene Mumendase, die von den Gewerkschaften der Stadt geschenkt worden ist. Die Sozialdemokraten sind besonders stolz auf dieses Gebäude; ist es doch unter dem Regime des ersten Bürgermeisters aufgeführt, der von sich behaupten darf, daß er Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und zu den hervorragendsten Verehrern der Ideen dieser Partei gehört. Auch der dritte Bürgermeister ist Sozialdemokrat, ebenso ein Beisitzer. Ein Bürgermeister und ein Beisitzer sind Sozialradikale (Freisinnige), ein Bürgermeister und ein Beisitzer Antisozialisten. Die Bürgermeister beziehen ein Gehalt von 10 000 Kr. pro Jahr, sie müssen von der Regierung bestatigt werden. Von den 42 Stadtverordneten gehören 20 der Sozialdemokratie an, 16 sind Antisozialisten, fünf Sozialradikale und einer „Christlich“. Sieben Frauen sind Mitglieder des Stadtparlaments, davon gehören fünf zu der sozialistischen Partei. Von den jetzigen Kopenhagener Reichstagswahlkreisen werden 10 durch Sozialdemokraten, zwei durch Sozialradikale und vier durch konservative vertreten. Von den 2 1/2 Millionen Einwohnern Dänemarks sind 120 000 gewerkschaftlich organisiert, wovon mehr als 70 000 in Kopenhagen sesshaft sind. Auf genossenschaftlichem Wege wird eine Bäckerei mit einem Jahresumsatz von 700 000 Kronen betrieben. Der Umsatz der Fleischversorgung für die Arbeiter beläuft sich auf 300 000 Kronen pro Jahr. In der Arbeiterbrauerei „Stern“ werden 150 Personen beschäftigt, die einen Jahresarbeitslohn von 200 000 Kr. beziehen. In der Arbeiter-Milchversorgung „Einigkeit“ werden 128 erwachsene Arbeiter und 20 Knaben beschäftigt. Der Reingewinn dieses Unternehmens belief sich im letzten Jahre auf 33 000 Kr. Außerdem besitzen die Kopenhagener Arbeiter 5 Versammlungsgebäude (Volkshäuser).

Die Arbeiter Dänemarks führen im allgemeinen eine bessere Lebenshaltung als die deutschen, was auch auf unsere Berufskollegen zutrifft. Ich besuchte die größte Lederwarenfabrik Dänemarks, die der Firma Johannes Neve in Kopenhagen. Dort werden alle Arten von Taschen, Koffer, Hütsäcke und Portefeuilleswaren hergestellt. Doch kann der Bedarf des Lederwarenhandels bei weitem nicht durch Eigenproduktion gedeckt werden. Offenbar und Berlin sind die Hauptlieferanten. Beschäftigt werden in diesem Betriebe 8 Meisterattler, 3 Anschlägerinnen und 3 Stepperinnen. Der Durchschnittslohn der männlichen Kollegen stellt sich bei 54-stündiger Arbeitszeit

auf 36 Str., der Anstaltlerinnen auf 25 Str. und der Teppichmalerinnen auf 21 Str. In dieser Verteilung sind alle bis auf ein Mädchen organisiert, was sich von der Fortschrittsabteilung nicht sagen läßt; doch haben die Portefeuille mit gegenüber Verteilung gelobt. Beschäftigt werden hier 9 Portefeuille in der Werkstatt und zwei außer dem Hause; davon sind fünf Deutsche: 2 Buchbinder und 3 Arbeiterinnen. Der Durchschnittslohn der männlichen Kollegen beträgt 30, der der weiblichen 15 Kronen. In einer anderen Fortschrittsfabrik werden 2 Kollegen und 4 Lehrlinge, in einer dritten 1 Portefeuille und 4 Lehrlinge beschäftigt. Die Preise für Lederwaren sind fast doppelt so hoch wie in Berlin oder einer anderen Großstadt Deutschlands.

Am Sonntag, der am Sonntag, 28. August, vormittags 11 Uhr, in dem feinsten geschmückten Saale durch eine von circa 500 Sängern stimmungs- voll zum Vortrag gebrachte Kanzone eröffnet wurde, in der die Motive nationaler Freiheitslieder erklingen und sich zum Schluß zum mächtigen Hymnenchor der Internationalen Vereinigt. Der Festbesuchs-abgeordnete Dr. Bang begrüßte in herzlich gehaltenen längerer Rede den Kongreß, die er dann selbst ins Englische und Französische überführte. Eine Leistung, die nur der Vollbringen kann, der durch und durch von dem edlen Willen des Klassenbewußten Profektariats durchdrungen ist. Nach den Begrüßungsansprachen der Genossen Stimmung und Bänderwelle wurde das Bureau gebildet und die Tagesordnung festgestellt.

Wie bei solchen umfangreichen Kongressen nicht anders möglich, muß die Hauptarbeit in den Kommissionen erledigt werden. So wurde zu jedem Punkte der Tagesordnung eine Kommission gewählt, zu der jede Nation vier Delegierte entsenden konnte. Diese werden wiederum in den nationalen Sektionen gewählt und haben dort Bericht zu erstatten. In den täglich vor Beginn des Plenums oder den Kommissionsberatungen abgehaltenen Sektionsitzungen der deutschen Delegation wurde zu allen zur Verhandlung stehenden Fragen eingehend Stellung genommen und beschlossen, wie im Plenum votiert werden soll, da ja bekanntlich nicht die Stimmen der Delegierten, sondern nur die jeder Nation zugereichten Stimmen gezählt werden. Bei dieser Gelegenheit sei eines Mißverständnisses gedacht, der sich sowohl bei früheren internationalen Kongressen, als wie auch in Kopenhagen unliebsam bemerkbar gemacht hat. Da ist zuerst die viel zu späte Berücksichtigung der einzelnen Landesorganisationen. Erst am dritten Tage wurde den Delegierten ein Paket umgebundener Schriftstücke überreicht, aus denen sie sich über die einzelnen Länder orientieren konnten. Diese Verpätung in denen doppelt empfindlich, die in Kommissionen bindende Beschlüsse fassen sollen, aber nicht die Verhältnisse kennen, weswegen die eine Sektion sich gegen die Beschlußfassung sträubt, die andere dagegen alles Weil von der Verfolgung der Beschlüsse erwartet. Dann wäre es praxistischer, wenn durch das internationale Bureau eine vorherige Verhandlung über die Besetzung in den einzelnen Kommissionen erzielt wird. Es ließe sich vielleicht dadurch ermöglichen, daß das Plenum nicht erst am Schluß der Woche zusammentritt, dafür aber eingehender jeden Tagungsordnungspunkt behandelt. Unter den obwaltenden Umständen konnte die zweite Plenarsitzung erst am Donnerstag, den 1. September, stattfinden. Sie beschäftigte sich zuerst mit der Frage der Arbeitslosenversicherung, wozu Dr. Adolf Braun das einleitende Referat übernommen hat. Eine Anzahl französischer Delegierter und die englische Sektion enthielten sich der Abstimmung über die von Dr. Braun empfohlene Resolution, weil darin das Recht auf Arbeit nicht ganz besonders verlangt wurde.

Der 5. Kommission war die Hauptarbeit aufgetragen. Sie hatte über 8 Resolutionen zu beraten. Die erste erinnert nochmals an dem Beschluß der Auswanderer Resolution betreffend die Einigkeit der Partei, und verlangt, daß alle nationalen Sektionen sich einigen sollen. Die zweite fordert Abschaffung der Todesstrafe; in der dritten Resolution verurteilt der Kongreß die schwächsten politischen Zustände in Argentinien, wo jeder Kapitator oder Verleugner eines Streiks mit drei Jahren Gefängnis bestraft wird, wo das allgemeine Wahlrecht gefälscht, jede gesunde politische Aktion der Arbeiterschaft mit Rücksicht getreten wird. Der Kongreß begrüßt freudig das Verhalten der sozialistischen Partei unter solchen schwierigen Verhältnissen und hofft, daß es ihr gelingen wird, dem arbeitenden Volke Aufklärung und Klassenbewußtsein zu bringen. In einer weitergehenden werden die Zustände in Japan und die Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung verurteilt. Vier andere Resolutionen behandeln die Lage in Spanien, Persien, Türkei und Finnland. Alle acht Resolutionen wurden im Plenum einstimmig angenommen.

Etwas lebhafter wurde es, als Herr Gardie gegen die Ausführungen Ledebours bei der Berichterstattung der 3. Kommission (Abrüstung) polemisierte. Ersterer verwarf die englische Arbeiterpartei gegen den Vorwurf, für das Budget und sonst für die Aus-

gaben von Militär und Marine gestimmt zu haben. Vaillant Frankreich und Herr Gardie England bringen zur Resolution der 3. Kommission noch ein Amendement ein, nach welchem der Kongreß ein Generalstreik als ein Mittel zur Verhinderung des Krieges betrachtet, insbesondere die Arbeitsverweigerung in den beteiligten Branchen bei der Verschleppung und dem Transport von Waffen und Munition. Nach mehrstündiger Debatte gegen die beiden Antragsteller dieses Amendement zugunsten eines Antrages Sander- selbe zurück, welcher besagt, das Internationale Bureau möge das Amendement Herr Gardie Vaillant überlassen und dem nächsten internationalen Kongreß Bericht erstatten und Vorschläge machen. Diesem wurde einstimmig zugestimmt, ebenso der vorgelegten Resolution.

Von hervorragender Bedeutung auch für uns in Deutschland in unireiner die Frage der Einheitslichkeit der gemeinschaftlichen Organisation eines Landes. Mit besonderem Interesse verfolgten wir den überaus interessanten Gewerkschaftsbericht, der nicht nur aus Nationalitätenhader entstanden ist, sondern zum großen Teil eine reine Geldfrage ist. In Böhmen ist Partei und Gewerkschaft nicht nur organisch verbunden, sondern letztere unterstützt die Partei durch regelrechte Beitragsleistung, führt aber keine Gelder an die Gewerkschaftszentrale in Wien ab. Nun verlangt die Parteileitung in Prag, daß alle Tschechen, wo sie auch wohnen und arbeiten mögen, Sonderorganisationen gründen und den Beitrag nach Prag senden. In deutsche Verhältnisse übertragen, würde das Bild sich folgendermaßen gestalten: Die Arbeiter Kreuzzüge haben eine eigene Zentrale und verlangen nun von allen organisierten Arbeiter preussischer Staatsangehörigkeit, gleichviel ob sie in Posen, Baden, Württemberg, Sachsen, Hessen oder sonstwo ansässig sind, Austritt aus den dortigen und Eintritt in die preussische Organisation. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß auch die Tschechen und Polen in Deutschland eine Sonderorganisation verlangen könnten. Daß so etwas nicht ansteht, mußte jedem klarsichtenden Arbeiter selbstverständlich sein; die Tschechen dagegen halten ihren Standpunkt für den richtigen. Der Kongreß machte daher kurzen Prozeß mit der Organisation der Separatisten und votierte mit 22 gegen fünf tschechische Stimmen, daß jeder Versuch, die bestehende Einheitslichkeit der Arbeiterschaft jeder Nation zu sprengen oder zu lockern, den Grundregeln der sozialistischen Internationale widerspricht. Wir wollten uns Interesse der Arbeiterschaft hoffen, daß diese Resolution dieselben Erfolge zeitigt wie die Auswanderer Einigungsresolution in Frankreich. Bei der Verlesung über die Betätigung der internationalen Solidarität wurde mit den Franzosen, Belgiern und vor allem den Engländern arg ins Gericht gegangen, weil sie wohl mit Wohlwollensgebungen nicht hausern, desto mehr aber mit dem Gelde, wie es anlässlich des großen Kampfes in Schweden augenfällig in Erscheinung getreten ist. Die Engländer entschuldigten ihr Verhalten mit dem Mangel einer Tages- und Gewerkschaftspresse, eine Entschuldigung, die der Kongreß in seiner Majorität nicht gelten ließ. Haben die Engländer keine unabhängige Presse, empfinden sie es als Mangel, daß sie sie nicht besitzen, nun so sollen sie sich eine Presse schaffen, denn ihre Mittel erlauben ihnen das. Nun, die englische Sektion hat Besserung versprochen, hoffentlich werden die Arbeiter ihre Delegierten nicht desavouieren. Da wir uns einmal bei den Engländern sind, wollen wir gleich noch einige ihrer unsozialistischen Eigenschaften hier vermerken. Weil Ledebour bei der Begründung der Abrüstungsresolution ihnen einige Wahrheiten sagte, revanchierten sie sich damit, daß sie ihm durch Lob und Lärmen das Schlagwort unterbinden wollten, so daß K. keine Rede auf nur einige Minuten beschränken müßte. Die von Wolfenbuhler begründete Resolution über die Arbeiterversicherung wurde mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer abgelehnt, trotzdem sie mit dem Inhalt einverstanden waren. Sie schüben aber ab, nur weil einer ihrer Einpeitscher nicht mehr zum Worte gekommen ist. Es wäre an der Zeit, wenn auch die Engländer lernten, wie sie sich auf internationalen Kongressen zu benehmen haben und sich endlich die Meinung abzugeben, als hätten sie allein den Kongreß zu beherrschen.

Die Frage über die Genossenschaftsbewegung wurde in unserem Sinne erledigt. Die Belgier verlangten nichts mehr und nichts weniger, als daß die Konsumvereine Unternehmungen werden sollen, die der Partei Geldmittel zur Vertreibung ihrer Propaganda zur Verfügung stellen sollte. Abgesehen davon, daß dies in Ländern wie in Deutschland aus gesetzlichen Gründen unmöglich, ist es kein bedeutenderer Zustand, wenn eine Partei wie die Sozialdemokratie von den Konsumvereinen finanziell abhängig sein sollte. Der Kongreß traf das Richtige, indem er beschloß, daß die Konsumvereinebewegung auch ein Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiter ist, weshalb allen Arbeitern dringend anempfohlen wird, Mitglieder der Genossenschaftsbewegung zu werden und diese mit sozialistischem Geiste zu be-

feelen. Dagegen solle nirgends die Verpflichtung gefordert werden, wonach die Partei oder die Genossenschaften der Konsumvereine organisch angegliedert werden müssen. Es empfiehlt sich, daß die drei Zweige der Arbeiterbewegung unabhängig voneinander den Kampf der Arbeiterklasse führen.

Für unsere deutschen Verhältnisse war die Tischchenfrage und die Stellung zur Genossenschaftsbewegung von größerer Bedeutung. Die anderen Beschlüsse galten für uns bereits durch die Tatsachen als erledigt, andererseits sind sie ausschließlich Sympathiegebungen für unterdrückte Völker und Proteste gegen die Unterdrücker. Der Hauptwert der internationalen Kongresse liegt aber nicht allein darin, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, sondern vielmehr in der Demonstration, daß der Gedanke des Sozialismus in immer weitere Kreise eindringt, daß in allen Ländern, in denen der Kapitalismus sich entwickelt, gleichzeitig sein Todfeind der Sozialismus geboren wird.

Der nächste Kongreß findet im Jahre 1913 in Wien statt.

Noch einige Bemerkungen über die Veranlassungen der Kopenhagener Arbeiterschaft anlässlich des Kongresses. Unvergesslich wird jedem Teilnehmer und Beobachter der Aufmerksamkeit der Kopenhagener Arbeiterschaft am 28. August in Erinnerung bleiben. In die 50.000 Menschen zogen an uns vorüber und mindestens ebenso viel hatten auf den Straßen und Plätzen Posto gefaßt. Ueber 1 1/2 Stunden währte der Vorbeimarsch, der mit Blumen und Girlanden geschmückten Massen. Ungezählte Panzer, Fahnen, Plakate und 20 Musikchöre trugen zur Verschönerung und Charakterisierung des Zuges bei. Wir glaubten uns in eine ferne Welt versetzt, als die Gruppe der Postbeamten in ihren scharlachroten Mäden an uns vorüberzog. Ihnen folgten die Eisenbahner und Tramwabnenbediensteten in voller Uniform. Auch Soldaten, mit dem Ästabszeichen geschmückt, befanden sich in und neben dem Zuge, an dessen Spitze der erste Bürgermeister mit seiner Gattin marschierte. Ja, es geschah noch Zeichen und Wunder, denn Kopenhagen steht noch heute auf seinem Knie, ohne an seinem Glanze auch nur die geringste Einbuße erlitten zu haben. Wir in Deutschland bekommen nicht einmal ein Mitglied zur Schulkommission bewilligt, sobald die wohlthätige Regierung erfährt, der Gewählte huldigt sozialistischen Ideen, und in dem kleinen Agrarlande Dänemark kaufen die Sozialdemokraten in staatlicher Uniform frei herum. In den Anlagen der Sündermarken löste sich der gewaltige Zug auf. Nicht bald entwickelte sich ein reges Volksfesttreiben, das bis in den Nachmittags währte. 20 ausländische Delegierte hielten von den Tribünen Ansprachen, die mit Beifall und Jubel von der Menge aufgenommen wurden.

Nittow nachmittags wurde ein Dampferausflug nach dem Badecorte Slosborg unternommen. Trotz des Regens herrschte fröhliche Stimmung. Der 2. Vizepräsident des österreichischen Reichsrats intonierte das Lied der Arbeit und erntete damit reichen Beifall. Der französische Deputierte Jaurès beschwerte sich über die Laßhaftigkeit eines gewissen Kopenhagener Blattes, das ihn zur Zielscheibe seines Spotles machte. Lebhaft wurde der angebliche Brief des französischen Ministers Briand besprochen, in dem dem Kongreß die ministerielle Sympathie ausgesprochen wird. Ich hatte Gelegenheit, den Blick zu sehen und war mir sofort klar darüber, daß sich irgendjemand einen Akt erlaubt hat, denn eine so schlechte Schreibmaschine, wie die, mit der der Brief geschrieben war, hat kein französischer Minister.

Noch eine weitere Heberausung harter der Kongreßteilnehmer. Nach dem offiziellen Schluß im Old Kellow Palace begaben sich die Delegierten, einer Einladung der Kopenhagener Arbeiterschaft folgend, ins Rathaus. Wer es noch nicht wußte, dem wurde es hier augenfällig gezeigt, daß der Sozialismus nicht leeren Phantomen nachjagt, sondern daß seine Vertreter bei einigem guten Willen sich schon jetzt realisieren lassen, was jedem zum Genuß und zur Freude gereichen kann. In seiner Begrüßungsrede betonte der erste Bürgermeister, daß es ihm als früheren Geschäftsführer der Sozialdemokratie Dänemarks mit besonderem Stolz erfalle, die Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung im Rathaus begrüßen zu dürfen, in dem Hause, das unter der Leitung von Sozialdemokraten erbaut wurde und mit Recht als ein Denkmal nordischer Baukunst zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelten darf. Solofesttagsvorträge erster Oberkräfte wechselten mit den Tönen der Musikkapelle ab. In wiederholten Malen durchhallte die Melodie des trügigen dänischen Arbeiterliedes die festlichen Hallen. Wer vermog das Gesehene zu schildern? Wo findet sich die Feder, die die Stimmung wiederzugeben imstande ist, die alle Festteilnehmer begeisterte. Ein Stück Zukunftsstaat tat sich vor unseren Augen auf, ein Zukunftsstaat, wie er all denen zu wünschen ist, die sich an den Vertretern der Arbeiterbewegung tätig beteiligen.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

III.

Die **Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften** verzeichnen für 1909 einen Mitgliederbestand von 108 028 gegenüber 105 633 im Jahre 1908, somit einen Zuwachs von 2395. Die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften ist so gering, daß kaum mit diesen Organisationen gerechnet werden kann. Welche Bedeutung kann man einer Organisation der Bauarbeiter mit 830, oder der Bergarbeiter mit 2405, oder der Textilarbeiter mit 7036 Mitgliedern beilegen. Nur wenige Gewerkschaften haben eine nennenswerte Anzahl Mitglieder. Auf die Gewerkschaften in den einzelnen Berufen entfielen 1909 Mitglieder:

Bauhandwerker 830 (+ 62), Bergarbeiter 2405 (+ 341), Bildhauer 275 (— 41), Brauer 970 (— 51), Eisenbahner 1100 (+ 980), Fabrik- und Handarbeiter 15 597 (+ 341), Gärtner (— 70), Gemeindegewerkschaften 1344 (+ 155), Graphische Verufe und Maler 1839 (— 369), Handelshilfsarbeiter (— 164), Holzarbeiter 5822 (+ 357), Kaufleute 18 300 (+ 127), Konditionen 112 (— 75), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 647 (— 329), Messerschläger 42 (— 1), Schiffszimmerer 293 (— 123), Schneider 4616 (+ 143), Schuhmacher und Lederarbeiter 5020 (— 230), Selbständige Verufe (— 131), Steinarbeiter 200 (+ 63), Textilarbeiter 7036 (+ 655), Töpfer 1525 (— 200), Wäger und Maschinisten 57 (+ 57), Zigarren- und Tabakarbeiter 2050 (+ 150), Frauen und Mädchen 683 (— 15).

Die Schwäche der Organisation soll nun, ebenso wie im Vorjahre, durch eine möglichst hohe Einnahme und Ausgabe beredt werden. Schon im Jahre 1908 wurden ganz unzulässigerweise die Einnahmen und Ausgaben der selbständigen Krankenkassen der Gewerkschaften zugerechnet. Als wir dies in unserem Jahresbericht eine absichtliche Irreführung nannten, profitierte der „Gewerkschaften“ und behauptete, es sei das gute Recht der Gewerkschaften, solche Verrechnung zu machen, da auch in den anderen Gewerkschaftsgruppen die Krankenunterstützung eingerechnet wird. Entweder ist der Zentralrat der Gewerkschaften über die Einrichtungen der Gewerkschaften nicht unterrichtet, oder er hat die Absicht, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Gewerkschaften ist die Krankenunterstützung in gleicher Weise wie Arbeitslosen-, Reise- und Gemahregeltenunterstützung eine Einrichtung der Organisation. Besondere Beiträge werden für diesen Unterstützungsbeitrag nicht erhoben, ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese Leistung besteht nicht. Die Krankenkassen der Gewerkschaften sind eingetragene Hilfskassen, mithin völlig selbständige Organisationen. Die Statuten lassen darüber gar keinen Zweifel. Sie tragen die Bestätigung durch die Polizeibehörde, daß die Kassen als eingetragene Hilfskassen zugelassen werden. Diese Kassen werden auch in der alljährlich von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Uebersicht über die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Zuschußkassen, sondern auch um zwei dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Kassen, die des Gewerkschafts der graphischen Verufe und die der deutschen Kaufleute. Für 1908 werden in der Statistik der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bei dem Gewerkschaften der graphischen Verufe die baren Ausgaben an Krankengeld und an Sterbegeld in gleicher Höhe angegeben wie in der Statistik über die Krankenversicherung in Berlin. Bei dem Gewerkschaften deutscher Kaufleute gibt die Statistik der Gewerkschaften für Unterstützung bei Krankheitsfällen 178 013 Mk. an, während die Krankenversicherungstatistik nur 75 476 Mk. verzeichnet. Die höhere Summe kommt aber herauf, wenn zu letzterer hinzugerechnet werden: ärztliche Behandlung 54 592 Mk., Arznei und sonstige Heilmittel 41 336 Mk., Krankengelder an Angehörige 339 Mk. und Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 6269 Mk. Alle diese Ausgaben rechnet nun die Centralstelle der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als solche des Gewerkschafts deutscher Kaufleute. Auch die Vermögensbestände dieser Kassen werden den Gewerkschaften zugerechnet. Und nicht nur wird diese falsche Verrechnung in dem Organ der Gewerkschaften geübt, sondern auch dem statistischen Amt wurden beiderseitig diese falschen Zahlen übermittelt. Dem Amt ist gleichfalls bekannt, daß bei dieser Verrechnung ab-

sichtliche Irreführung vorliegt. Es hilft sich hierzu im Statistischen Jahrbuch mit der Anmerkung hinweg: „Einnahmen aller Kassen, auch der Krankenkassen und Begräbniskassen. Letztere beiden Kassenarten sind Einrichtungen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. Dies ist auch bei Verurteilung der betreffenden Ausgabenposten zu berücksichtigen.“

Soweit möglich, sind bei den Berechnungen die tatsächlicher Weise in die Gewerkschaftstatistik eingetragene Zahlen unsererseits ausgeschlossen. Bei der Gesamteinnahme und auch der Ausgabe ist dieses nicht möglich. Ertere betrug 1909 2 806 230 Mk., letztere 2 316 830 Mk. Der Vermögensbestand der Gewerkschaftshauptkassen war Ende 1909 1 677 464 Mk., und der der Lokalkassen 186 934 Mk., zusammen 1 864 398 Mk.

Der Gesamtverband der **christlichen Gewerkschaften** ist endlich dazu gekommen, die dem Verbands nicht angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften nicht zu zählen. Als wir vor 7 Jahren darauf hinwies, daß die Zugählung solcher abseits stehender Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften unzulässig sei, wurde uns arg heimgeleuchtet und höhnend schrieb das Centralblatt der Christlichen: „Unsere „Freunde“ werden aber weiter „beweisen“, daß diese Verbände mit den christlichen Gewerkschaften nichts gemein haben wollen.“ Wie auf manchen anderen Gebieten, hat sich auch auf diesem bei den Christlichen eine unerwartete Wandlung vollzogen. Mit diesem Entwicklungsgang können wir durchaus zufrieden sein. Er vollzieht sich vollständig so, wie wir es vorausgesehen, als die christlichen Gewerkschaften auf dem Plan erschienen. Auch jener angebliche Terrorismus, der den gewerkschaftlichen Centralverbänden von den Christlichen zum Vorwurf gemacht wurde, durch alle geeigneten Mittel abseits stehende Organisationen zu der Gesamtorganisation heranzuziehen, hat bei den Christlichen praktische Verwirklichung gefunden. Der Verband der Eisenbahnhändler und der Verband der württembergischen Eisenbahner sind nunmehr nicht nur „anderrichtig“ geworden, sondern es sind auch Gegenorganisationen gegründet, die der Gesamtverband aufgenommen hat. Es werden nunmehr für die Zukunft, wie es schon längst hätte geschehen sollen, nur die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften gezählt werden, wodurch sich die Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung wesentlich erleichtert. Der Gesamtverband kann über eine Mitgliederzunahme von 6232 berichten. Er hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 264 519 und 1909 270 751 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1909 waren 280 061 Mitglieder vorhanden, darunter 1861 Mitglieder des neugegründeten Verbandes württembergischer Eisenbahner. Diese, sowie die 11 640 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhändler werden nicht sämtlich neugewonnen, sondern zum Teil den früheren christlichen Verbänden der gleichen Art entzogene Mitglieder sein. In den angeschlossenen Verbänden wurden 20 182 weibliche Mitglieder gezählt. Im Jahresdurchschnitt hatten 1909 Mitglieder: Bauarbeiter 34 418 (— 894), Bayerische Eisenbahner 27 955 (+ 1769), Bergarbeiter 78 610 (+ 3369), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2916 (+ 43), Eisenbahnhändler und Arbeiter 8020 (+ 8020), Gärtner 733 (— 60), Graphisches Gewerbe 1454 (+ 57), Heimarbeiterrinnen 6529 (+ 714), Holzarbeiter 11 105 (+ 62), Kellner 1185 (+ 1185), Keramikarbeiter und Steinarbeiter 5721 (— 329), Krankenpfleger 1366 (+ 22), Lederarbeiter 4043 (+ 140), Maler 3345 (— 16), Metallarbeiter 24 190 (— 2237), Nahrungsmittelindustrie 1212 (+ 343), Schneider 3390 (— 395), Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeiter 14 498 (+ 226), Tabakarbeiter 5587 (+ 16), Telegraphenarbeiter 3322 (+ 585), Textilarbeiter 30 263 (— 7298).

Die Verbände hatten 1909 eine Jahreseinnahme von 4 612 920 Mk., eine Ausgabe von 3 848 504 Mk. und einen Kassenbestand von 5 365 338 Mk. Für Streit- und Gemahregeltenunterstützung wurden 489 023 Mk., für Agitation 448 218 Mk., das Verbandsorgan 404 050 Mk., Reisende und Arbeitslose 195 536 Mk., Kranke 647 723 Mk., Rechtschutz 146 497 Mk. und an Sterbegeld 197 089 Mk. verausgabt.

Die Angaben über die **unabhängigen Vereine** und **Lokalorganisationen** sind teils den Berichten der Vorstände, teils dem Statistischen Jahrbuch entnommen. Das letztere berichtet über 28 Organi-

sationen mit 654 240 Mitgliedern. Unter diesen befindet sich der Verband der Eisenbahnvereine der preussisch-besetzten Staatsbahnen mit 433 137 Mitgliedern. Die diesem Verband angeschlossenen Vereine, die sogenannten „Rudolfsvereine“, wird man nicht gut als gewerkschaftliche Organisationen ansehen können. Sie sind auf Veranlassung des verstorbenen preussischen Eisenbahnministers Rudde von den Eisenbahndirektionen ins Leben gerufen und haben nicht den Zweck, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, sondern gleich den „gelben Vereinen“ die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu verhindern. Ferner finden sich in der Tabelle im Statistischen Jahrbuch Organisationen, die bisher von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften als zu den christlichen Gewerkschaften gehörend gezählt worden sind. Wenn die Verzeichnisse der Verbandsvorstände mit denen des Statistischen Jahrbuchs kombiniert werden, so ergibt sich für 38 Organisationen, die mehr oder weniger als Gewerkschaften angesehen werden können, eine Mitgliederzahl von 236 132 (1908 = 203 485). Es waren in folgenden Organisationen Mitglieder vorhanden: Bauhilfsarbeiter 550 (550), Polnische Berufsvereinigung 56 183 (48 752), Brauereiarbeiter 3420 (3509), Technisches Pflanzpersonal 450 (500), Dachdecker 170 (120), Adische Eisenbahner 11 334 (10 997), Süddeutsche Eisenbahner 12 533 (13 246), Württembergische Eisenbahner 8000 (8380), Eisenbahnhändler 56 767 (41 654), Gastwirtsgehilfen 23 195 (21 849), Gemeindegewerkschaften 1955 (1801), Pflege- und Bedienungspersonal 3095 (—), Glaser 40 (50), Graveure der Stoffindustrie 510 (528), Hafnarbeiter 15 (15), Holzer 50 (60), Maler 70 (100), Maschinisten 7000 (6750), Metallarbeiter 6808 (6890), Motorteleure 269 (267), Porzellanarbeiter 303 (303), Bayerisches Post- und Telegraphenpersonal 12 182 (11 420), Sattler 45 (—), Schneider 100 (100), Steinseher 40 (—), Tapezierer 55 (50), Telegraphenarbeiter und Buchdrucker 4915 (3620), Textilarbeiter 700 (700), Töpfer 392 (380), Transportarbeiter 3300 (1600), Zeichner 1859 (1446), Ziegler 4276 (4050), Zigarrenfabrikanten 100 (120), Zimmerer 1900 (700) und Zivilmusiker 14 341 (13 537). Die meisten dieser Vereinigungen werden kaum als Gewerkschaften zu zählen sein, doch wird sich eine bestimmte Grenze schwer ziehen lassen. Ganz werden sie bei der Zählung nicht ausgeschlossen werden können, weil unter ihnen sich auch die ehemaligen Lokalvereine befinden, für die allerdings nur schätzungsweise Zahlen vorliegen, weil die Geschäftskommission dieser Vereinigungen wiederum dem Statistischen Amt die Lieferung des Zahlenmaterials verweigert hat.

Die Vereinigungen von **Privatbeamten** werden, soweit sie nicht einer Gewerkschaftscentrale angeschlossen sind, nicht als Gewerkschaften angesehen werden können und wohl auch selbst als solche nicht gelten wollen. Das Statistische Jahrbuch verzeichnet 63 Organisationen von Privatbeamten. Bei 7 der Vereinigungen fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Die 56 Verbände, für welche Angaben vorliegen, hatten insgesamt 734 704 Mitglieder, darunter 54 816 weibliche. Hier sind aber der Verein der Kaufleute, der dem Verband der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen ist, und die der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Handlungsgehilfen, der Lagerhalter und der Bureauangestellten eingerechnet. Diese 4 Verbände mit 35 593 Mitgliedern, wovon 8272 weibliche, sind bereits in den betreffenden Gewerkschaftsgruppen gezählt. Es bleiben somit 52 Vereinigungen der Privatbeamten mit 690 201 Mitgliedern, wovon 46 544 weibliche. Es wird berichtet über 13 kaufmännische Verbände mit 475 215 (40 639 weiblichen) Mitgliedern, 17 Technikerverbände mit 112 410 (10 weiblichen) Mitgliedern, 11 Verbände der Bureaubeamten mit 16 600 (20 weiblichen) Mitgliedern, 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten mit 20 275 und 7 verschiedene Verbände mit 69 771 (5875 weiblichen) Mitgliedern.

Gelbe Arbeiterverbände und Werkvereine zählte das Statistische Jahrbuch 85 mit 71 346 Mitgliedern gegen 79 mit 69 877 im Jahre 1908. Dem Reichsverband der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter in Augsburg sollen in 38 Vereinen 26 471 Mitglieder angehören. Der gelbe Arbeitsbund in Charlottenburg-Berlin soll von 14 970 auf 23 540 Mitglieder angewachsen sein. Der Werkverein für Berlin und Umgegend rechnet sich 22 816,

der für Bayern (ohne Bialz) 12955, der für Rheinland 11134 Mitglieder zu, während der Bund der Bäckergehilfen von 10088 Mitgliedern berichtet. Die anderen autgewerkschaftlichen Vereine weisen keine nennenswerten Mitgliederzahlen auf. Die 21 Vereine, die über die Massenverhältnisse berichten, verzeichnen eine Einnahme von 473679 Mk. Wieviel davon auf Beiträge der Unternehmer entfällt, wird nicht angegeben. Die Ausgabe wird mit 402610 Mark, der Vermögensbestand mit 473102 Mk. angegeben. Diese Zahlen beweisen, daß diese von den Unternehmern gezüchtete Samptpflanze in Deutschland keinen kulturfähigen Boden gefunden hat.

Die deutschen Getreidezölle.

II. (Schluß.)

Die Wirkung der Zölle auf die Finanzen des Reichs ist zum Teil im ersten Artikel schon behandelt. Denn wir haben gesehen, daß neben den Milliarden, an denen allein in drei Jahren 1907 bis 1909 sich Privatpersonen bereichert haben, noch keine 300 Millionen dem Reiche zugeflossen sind. Damit ist diese Frage freilich noch lange nicht erschöpft. Denn erstens ist dies ja nur die Brutto-Einnahme, wovon noch die Kosten der Erhebung, Verwaltung usw. der Zölle abgehen. Sodann kommt in Betracht das famose System der Einfuhrscheine, das wir hier übergehen wollen, weil es schon oft und erst kürzlich wieder in der Parteipresse behandelt worden ist. Nur soviel sei erwähnt, daß nach Brentanos Angabe infolge dieses Systems die Einnahmen für den Moggenzoll vollständig verschwunden sind, während die für Sauerzoll eine starke Einbuße erlitten haben. Zu der Zeit hat man berechnet, daß allein in den 2 Jahren 1908 und 1909 infolge der Einfuhrscheine dem Reiche rund 42 Millionen Mark entgangen sind. Und Brentano fühlt es geradezu heraus, daß für die seit 1902 versprochene Witwen- und Waisenversicherung kein Geld vorhanden ist.

Endlich aber liegt auf der Hand, daß die Milliarden, die das deutsche Volk wegen der Zölle für Getreide mehr ausgeben mußte, beim Kaufum anderer Gegenstände gescht haben. — Dabei umfasst Brentanos Berechnung nur drei Getreidearten — Roggen, Weizen, Hafer — die Gesamtsumme ist also noch viel größer!

Und dafür sind andere Gegenstände von der Masse des Volkes weniger konsumiert worden, was gleichbedeutend ist mit einer gewaltigen Minderung der sonstigen Steuer- und Leistungs-fähigkeit des Volkes. Können man dem bis ins einzelne nachgehen, so ist noch sehr zweifelhaft, ob die Reichsregierung nicht statt Korreil vielmehr direkten Schaden von den Getreidezöllen gehabt hat. Leider findet sich diese Frage bei Brentano nur angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt.

Kommen wir uns nun zur dritten Frage, nämlich zur Wirkung der Zölle auf die Landwirtschaft selbst. Hier ist zu unterscheiden: wer ist das, „die Landwirtschaft“? Natürlich die Menschen, die von der Landwirtschaft leben. Das sind aber vielerlei Menschen mit sehr verschiedenartigen Interessen. Da gibt es Besitzer des Grund und Bodens, die mit dessen Bearbeitung gar nichts zu tun haben, sondern nur die Einkünfte beziehen. Es gibt selbständige Landwirte, die zum Teil auf eigenem Grund und Boden, zum Teil als Pächter fremden Bodens, die Landwirtschaft betreiben, und bei ihnen macht es wieder einen großen Unterschied, ob sie mit eigenem oder fremdem Kapital arbeiten, und endlich gibt es die Landarbeiter. Jede dieser Gruppen hat ihre besonderen Interessen. Beim Zollkampf 1902 war nur einer der Hauptstreitpunkte dieser: die Werteviger der Zölle behaupteten, wenn die Kreise für alle Lebensprodukte steigen und die Einkünfte der Landwirtschaft reichlicher fließen, so würde dies allen von der Landwirtschaft lebenden Personen zugute kommen; die Besitzer würden höhere Renten, die selbständigen Landwirte höhere Profile und die Arbeiter höhere Löhne beziehen. Die Gegner der Zölle sagten demgegenüber, die Zölle würden nur die Rente steigern, also nur den Besitzern zugute kommen, aber gerade dadurch die Not der wirklichen Landwirte, die die Rente aufbringen müssen, noch verschlimmern.

Den Gedanken, um den es sich handelt, hat Brentano sehr klar dargelegt. Er sagt dem Grunde nach: Die Kosten des Getreidebaues betragen in allen

Vändern aus Vergütung des Bodenwertes, Kapitalzins, Arbeitelohn und Steuern. Was diese wovon lassen, in der Frucht des Landwirts, d. h. ma. die Rentabilität der Landwirtschaft aus. Solange diese Rentabilität in Deutschland ebenso hoch ist, wie in betreibe bauenden Ausland, ist die deutsche Landwirtschaft konkurrenzfähig. In sie es nicht, so muß das daran liegen, daß die Kosten höher sind als im Auslande. Für die Steuern trifft das nicht zu, denn in allen deutschen Staaten ist die Landwirtschaft geringer mit Steuern belastet als im Auslande. Was den Arbeitslohn angeht, so ist er in Rußland etwas niedriger als bei uns. Jedes die Vergütung des russischen Arbeiters ist so viel geringer als die des deutschen, daß sich das zum mindesten ausgleicht. In den anderen Konkurrenzländern aber, den Vereinigten Staaten und Argentinien, beträgt der Arbeitslohn so viel in Dollars, wie bei uns in Mark, d. h. von 1/2mal so viel. So betrug z. B. im Jahre 1892 der ländliche Tagelohn in Schleswig-Holstein im Sommer 2,50 Mk. Das ist oder ungewöhnlich hoch, in Süpreußen betrug er nur 1,50 Mark. In den Vereinigten Staaten dagegen lag der Mindestlohn zur selben Zeit 0,80 Dollar oder 3,00 Mk. in Missouri, der Höchstlohn in Montana 5,70 Dollar oder 7,15 Mk., und in Argentinien betrug er zwischen 20 und 35 Dollar (81-115 Mk.) pro Monat. In den Arbeitslöhnen liegt also der Vorsprung des Auslandes auch nicht liegen. — Auch der Zinsfuß ist in Deutschland erheblich niedriger als im Auslande. Er beträgt bei uns 3½ bis höchstens 6 Proz., in Rußland 8-12 Proz. (bei Personalkredit noch sehr viel mehr, bis 200 Proz.), in Amerika 8 bis 9 Proz.

So bleibt als einziger Unterschied, der den Vorprung des Auslandes beim Getreidebau begründet, der niedrige Preis des Grund und Bodens. In den Gegenden Rußlands, die Getreide ausführen, kostet der Dektar zwischen 10 und 224 Mk., in Argentinien zwischen 17 und 80 Mk., in den Vereinigten Staaten zwischen 64 und 680 Mk., in Deutschland dagegen kostete zur selben Zeit der Boden selbst da, wo er am billigsten war, das Dreifache bis Hundertfache.

Nun ist der Zweck des Zolles bekanntlich der, den Getreidepreis zu steigern. Gelingt das, so ist damit der Ertrag eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes um so größer. Der sogenannte „Wert“ des Bodens ist aber bekanntlich gleich dem Ertrage, den er abwirft, multipliziert mit dem jeweiligen Zinsfuß. Das bedeutet: Wenn z. B. ein Grundstück 10000 Mk. pro Jahr einbringt und der Zinsfuß auf 5 Proz. steht, so sind 100000 Mk. gleich den Zinsen eines Kapitals von 2000000 Mk. Dann sagt man: Das Grundstück ist 2000000 Mk. „wert“. Und kommt es zum Verkauf, so wird dafür der Preis von 2000000 Mark verlangt. Wird nun durch einen Zoll der Getreidepreis in die Höhe getrieben, so daß das Gut, ohne einen Gulm mehr zu tragen, vielleicht 15000 Mark einbringt, so ist der „Wert“ des Gutes mit einemmal auf 3000000 Mk. gestiegen. Der Landwirt, der dann sein Grundigentum verkauft und sich vom Betriebe zurückzieht, hat dann freilich ein sehr gutes Geschäft gemacht. Und viele haben das getan. Aber der andere, der es kauft und weiter betreiben will, der hat nun 1000000 Mk. mehr dafür bezahlt. Seine Zinsen und Löhne sind um so viel größer, und bei jeder Schwantung des Getreidepreises, die der Zoll ja nicht hindern kann, ist er außerhande, die Zinsen herauszuwickeln. Die Notlage ist also verschlimmert, denn gerade der Teil der Produktionskosten, dessen Höhe die des Auslandes übertrifft, nämlich der Bodenpreis, ist so durch den Zoll noch gesteigert worden! — Zur die kolossale Preissteigerung ländlichen Grund und Bodens infolge der Zölle bringt nun Brentano zahlreiche Beispiele bei, und zwar sowohl für die 90er Jahre, als der 3½ Mk. Zoll voll in Kraft war, als auch für die neuere Zeit. Ein Gut, das 1891 nur 70000 Mk. kostete, wechselte mehrmals den Besitzer und wurde schließlich 1909 für über 240000 Mk. verkauft. Ein anderes stieg in derselben Zeit von 76000 auf 380000 Mk. usw. — Im Juli 1910 veröffentlichte die „Statistische Korrespondenz“ Ziffern über den Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen in der Zeit von 1903 bis 1907, aus denen folgendes hervorgeht: Im Durchschnitt der 5 Jahre haben jährlich 137964 solcher Grundstücke den Besitzer gewechselt, und zwar sind es von Jahr zu Jahr mehr geworden. Es waren 1903: 122733, 1904: 131087, 1905: 141923, 1906: 145131, 1907: 148952,

in Summa: 689826. Die durch Todesfall usw. in andere Hände übergegangenen Grundstücke machen nur 22½ Proz. aus, die übrigen 77½ Proz. sind verkauft. In den 5 Jahren ist mehr als der fünfte Teil aller Grundstücke durch Kauf in andere Hände übergegangen. — Wie aber aus der Erhöhung des Ertrages eine Erhöhung der Pacht, also der reinen Rente folgt, das zeigt die Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Juli 1910, wonach bei der Pachtverpachtung von Tomänen im Kreise Stuttn eine Pacht von 12000 auf 25000 Mk., eine andere von 13000 auf 30256 Mk. gesteigert wurde. Es erklärt es sich denn, daß der neue Pächter die Lasten nicht erdulden kann und die Not der Landwirtschaft nach wie vor dieselbe bleibt.

Haben die Gewerkschaften auch politische Interessen wahrzunehmen?

Wir haben diese Frage bekanntlich aus Gründen der Logik und der Zweckmäßigkeit stets bejaht. Es gibt auch in der Tat in der ganzen Welt keine „unpolitischen“ Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Vereinigungen, die da angeben, unpolitisch zu sein, sind sich entweder dieser ihrer Eigenschaft gar nicht bewußt oder aber, sie leugnen aus politischen oder anderen sehr durchsichtigen Gründen ihren politischen Charakter ab, wie es z. B. bei den sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften der Fall ist. Auch die uns so oft von den „Frischen“ und „Christen“ als Musterbeispiel vorgeführten angeblich „unpolitischen“ englischen Gewerkschaften betätigen sich in ganz eminentem Maße auf dem Gebiete der Politik. Daß diese Betätigung selbstverständlich eine andere, ja eine völlig entgegengesetzte der politischen Betätigung der deutsch-„christlichen“ Gewerkschaftsführer ist, versteht sich am Bande. In England ringen zurzeit zwei nahezu gleichstarke Parteien, die Liberalen und die Konservativen, um die zukünftige Regierung und damit um die einzuschlagende Politik. Die Liberalen werden noch unterstützt durch die Arbeiterpartei und treten für das Weiterbestehen des Reiches ein. Die Konservativen hingegen wollen in England das Schutzollsystem und damit die Lebensmittelverknüpfung zur Durchführung bringen. Preußen-Deutschland schwebt ihnen da als Mäher vor. Von beiden Seiten wird mit Erbitterung und Fähigkeit gekämpft. Deutschland wird nun seitens der Konservativen den englischen Gewerkschaften gewissermaßen als Arbeiterparadies vorgeführt. Die englischen Gewerkschaften haben sich dabei abgemauert, die konservativen Behauptungen über die angeblich so roßigen Zustände in Deutschland, dem klassischen Lande des Schutzolls, nachzuprüfen. Robert Smilie und Albert Unions, zwei englische Bergarbeiterführer, haben im Auftrage der Vereinigung der Gewerkschaften Großbritanniens die deutschen Bergwerke bereist. Smilie ist zweiter Präsident der schottischen Bergarbeiterorganisation; Unions ist einer der einflussreichsten Führer der walisischen Miners. Beide befinden in ihrer Heimat das wichtige Amt eines Friedensrichters. Unions ist außerdem in der Schutverwaltung seines Heimatortes tätig. Die beiden Delegierten sollten, wie gesagt, untersuchen, ob die von den konservativen britischen Schutzollern gepredigten günstigen Wirkungen der Zöllerei in ihrer klassischen Heimat, in Deutschland, zu konstatieren seien. Die beiden haben nun ihren Bericht erstattet, dem wir nur folgende Stellen entnehmen: Handgreiflich stellen sie in Vorbringen die skandalösen Wirkungen der Zöllerei und Grenzsperrern fest. Sie ermittelten nämlich folgende Preise:

	auf der deutschen Grenzseite Mk.	auf der russisch. Grenzseite Mk.
Schweinefleisch	1,00	0,64
Rindfleisch	0,64-0,84	0,56-0,64
Kalbsteisch	1,00	0,72
Frischer Schinken	0,90	0,48

Als die Delegaten nach dem Bismarckgebiet bei Aachen kamen, konnten sie den gleichen „Segen der Schutzollpolitik“ feststellen. Sie ermittelten nämlich, daß bezahlt werden müsse für dasselbe Quantum

	im deutschen Bismarckgebiet und in Aachen Mk.	auf der holländischen Grenzseite Mk.
Roggenbrot	0,48	0,85
Landbutter	1,80-1,40	0,90
Eier	2,00	1,50
Kaffee	1,20-2,00	0,50-0,80
Holländer Käse	0,90-1,20	0,35-0,75
Limburger Käse	0,60-0,80	0,20-0,24
Schinken, frisch	0,90	0,65
Schmalz	0,90-1,00	0,38-0,40
Schweinefleisch, hart	1,20	0,85
Schinken, geräuchert	2,50	0,85

Diese kolossalen Preisunterschiede, eine schwere Extrabelastung der Arbeiterhaushaltungen, sind der „Segen der Schutzpolitik“. Uns könnten bis zu einem gewissen Grade die politischen Kämpfe der Engländer gleichgültig sein, obwohl auch wir sehr lebhaft daran interessiert sind, welche Wirtschafts- und Politik in nächster Zeit in England zum Durchbruch kommt; denn wir stehen mit dem Inselreich und seinen zahlreichen Kolonien im lebhaftesten Geschäftsverkehr. Uns kam es auch nur darauf an, an der Hand dieses Beispiels, dieser deutlich sprechenden Zahlen, zusammengestellt von objektiv forschenden Männern dieser „unpolitischen“ englischen Gewerkschaften, unseren Kollegen vor Augen zu führen, in welcher ungeheure Nähe ihre wirtschaftliche Lage von den wirtschaftspolitischen Zuständen unseres Vaterlandes beeinflusst und wie düraus zeigt, ungünstig beeinflusst wird. Nur ein Trottel oder ein politischer Nalchschmünger kann also auf dem Standpunkt stehen, daß die Gewerkschaften sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern hätten.

Gau Stuttgart.

(1. Halbjahr 1910.)

Die erfreuliche Vorwärtswicklung unserer Verwaltungstellen, welche im vorigen Jahre eingetret, hat sich in der Vorzeit noch wesentlich gehoben und auch zu beachtenswerten Erfolgen geführt.

Wenn seitens der Verwaltungstellen die Berichte über Lohnbewegungen und Versammlungen etwas mager ausgefallen sind, so ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, daß man in der Öffentlichkeit nicht mit georgartigen Erfolgen paradiereu wollte und sich dadurch das Wiederkommen bei den Interessierten selbst erschwert hätte; denn zu verbessern ist, obgleich manches erreicht wurde, noch vieles, und dank dem Einflusse und der Beachtung, welche wir uns erkungen haben, hoffen wir in nicht allzuerneer Zeit ein gut Teil davon durchzuführen.

Veichätigt sind durchschnittlich in den Vertrieben der

Wiltärbranche von Karlsruhe, Kaiserslautern, Straßburg und Elm zusammen rund 110 Kollegen; in der Segelstuchbranche in Konstanz rund 50 Kollegen; in der

Wagen- und Autobrache in Mannheim, Gaggenau, Nollmar, Weilbronn, Stuttgart, Cannstatt und Untertürkheim rund 200 Kollegen; in der

Reiseartikelfbranche in Stuttgart, Waiblingen, Mannheim und Mumpenheim rund 400 Kollegen und Kolleginnen; in der

Portefeuillebranche in Stuttgart 70 Kollegen, in Münzelsau 50 Personen; in der Treibriemenbranche in Heutlingen, Ehlingen und Elm rund 40 Kollegen

Rechnen wir die an oben genannten Orten und deren Umgebung bei Kleinmeistern oder in anderen Branchen beschäftigten Kollegen dazu, so ergeben sich rund 1000 Kollegen, welche im Bereich unserer Verwaltungstellen arbeiten und demnach zu 75 Proz. organisiert sind; denn unsere Mitgliederzahl im Gau beträgt 760.

Die Zahl derer, welche noch an den in unserem großen Gau weit zerstreuten Kleinmädern und Ertschaften arbeiten, ist nicht genau zu ermitteln, da es sehr schwierig ist, von dort Auskunft zu erhalten und der Erfolge durch persönliche Erkundigungen und Agitation mit den dadurch entstehenden Kosten nicht in Einklang zu bringen wäre. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß in dieser Richtung noch nichts geschehen ist oder nichts geschieht, sondern ich führe dies an, um die Kollegen, welche an solche Orte kommen oder schon arbeiten, zu ermutigen, kräftig für unsere Sache zu agitieren und der Organisation sachdienliche Mitteilungen zu machen, an unserer Unterstützung soll es gewiß nicht fehlen.

Die Entwicklung und Erfolge unserer Verwaltungstellen sind aus nachfolgenden Berichten zu ersehen:

In Colmar war der Geschäftsgang gut, es wurde mit Ueberstunden gearbeitet, wofür werktags 25 Proz., Sonntags 35 Proz. Zuschlag bezahlt werden. In dem den Ausschlag gebenden Betrieb (Firma Wiederkehr) mit 15 Kollegen und zwei Kolleginnen wird nur auf Zeitlohn gearbeitet und haben dieselben durch ihren Zusammenhalt eine Lohnerhöhung von 1—2 Pf. pro Stunde erlangt. Zu erwarren ist, daß die Firma diese bescheidene Verbesserung in nächster Zeit wiederholt, da derselben bei gegenwärtiger guter Konjunktur ihr Stamm eingearbeiteter und tüchtiger Gehilfen sehr zu stehen kommt und diese bei der jetzigen teuren Lebenshaltung eine weitere Zulage notwendig brauchen können.

In Ehlingen sind die Verhältnisse für unsere Kollegen sehr ungünstig, da zurzeit nur bei Gebr.

Steuf, Treibriemenfabrik, Arbeitsgelegenheit in. Die Firma beschäftigt gegenwärtig zirka 15 Kollegen, deren Entlohnung aber so minimal ist, daß jeder Zugereichte es vorzieht, den Betrieb und Ehlingen so bald wie möglich zu verlassen, denn die Aussicht, nach 10- bis 15jähriger Tätigkeit 3,50 Mk., wenn es hoch kommt 3,50 Mk. pro Tag bei täglich 10stündiger Arbeitszeit zu verdienen, ist nicht gerade verlockend, selbst dann nicht, wenn dieselbe unter sorgsamter Aufsicht und Kontrolle seitens der Herren Unternehmer abfolviert werden darf.

Bezeichnend für die Mannbarkeit einer Anzahl Kollegen, welche in dieser Firma schon seit vielen Jahren beschäftigt sind, ist, daß sich dieselben schämen, ihren Verdienst der Wahrheit entsprechend anzugeben, ja selbst die eigenen Familienmitglieder sind nicht davon unterrichtet, und ängstlich wird alles verheimlicht, was den Ansehen erwecken könnte, als ob diese Gerueuen mit ihrer Entlohnung unzufrieden wären. Ob aber die Firma mit solchen Leuten, die sich nicht getrauen, ihre Arbeitsleistung höher einzuschätzen, in der Lage ist, konkurrenzfähig zu bleiben, ist noch sehr zu bezweifeln und ist für beide Teile das Aibelwort: Herr verag ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! wohl angebracht. In der Ehlinger Maschinenfabrik (Mbl. Eisenbahnwaggon) sind die Verhältnisse günstiger, doch sind zurzeit nur zwei Kollegen dort beschäftigt, wir hoffen aber, daß die Direktion jetzt nach vollzogener Betriebsvermehrung die letzten meistens auswärts hergeleiteten Wagen 2. Klasse in eigener Werkstatt anfertigen läßt, was einer größeren Anzahl Kollegen Arbeitsgelegenheit bieten würde. Es ist also Ausicht vorhanden, daß unser Mitgliederbestand, der gegenwärtig nur 6 Kollegen beträgt, bald Zuwachs erhält.

In Heutlingen liegen die Verhältnisse etwas günstiger, doch ist auch hier eine Erhöhung des Stundenlohnes und der Affordpreise höchst notwendig und sicher durchführbar, da lauter eingearbeitete und zumteil recht tüchtige Kollegen dort beschäftigt sind. Es kommt nur darauf an, daß dieselben einmütig bei ihren Herren Arbeitgebern darum vorstellig werden, was uns so eher gelingen kann, da unsere Organisationsverhältnisse als gute zu bezeichnen sind und die Entlohnung der Treibriemenfabrik in Heutlingen nicht über dem Durchschnittslohn solcher Gewerbe steht, bei welchen weniger Handfertigkeit und technische Kenntnisse erforderlich sind. Auch im Vergleich mit anderen Erten der Treibriemenbranche steht Heutlingen an letzter Stelle, sowohl betreffs Entlohnung der Stunden-, als auch der Affordarbeit, so daß aller Anlaß vorhanden ist, daß die Kollegen jeden häuslichen Zwist beiseite lassen und geschlossen für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Wohl ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert, wer aber diesen nicht seinen Leistungen angemessen verlangt, darf sich auch über die Vorenthaltung desselben nicht beklagen. Die regelmäßigen Versammlungen sind meistens sehr gut besucht, ein gutes Zeichen für Verwaltung und Mitglieder, deren Zahl sich von 20 auf 22 erhöht hat.

In Karlsruhe (Stadt) kommt außer einigen Kleinmeistern nur die Firma Nigen in Betracht, bei welcher die Sattler gut organisiert sind. Obgleich der Inhaber, Herr Nigen, sich bei der Uebernahme des Geschäfts wäutert hat, daß er sich seinen Arbeitern stets entgegenkomme und zeigen werde, hat es doch betreffs der Affordpreise verschiedene Differenzen gegeben, wegen deren ein mehrmaliges Vorellagenwerden der Wertalkommission notwendig wurde, und wenn auch Herr Nigen in letzter Zeit erklärt hat, er werde seinen von der Kommission mehr empfangenen, so werden unsere Kollegen doch auf ihren Kosten sein, denn so willenslos und ohnmächtig, wie die der Firma jetzt noch zur Verfügung stehenden Kleinmeister, Deimarbeiter und Arbeiterinnen selber waren, sind nun eben gelernte und organisierte Arbeiter nicht und lassen sich durch einen solchen Schredschuß nicht abhalten, ihre berechtigten Ansprüche geltend zu machen. In der Werkstatt wird nach einem Tarif bezahlt, der dem Ueberfelder ziemlich nahe kommt, doch ist derselbe von unseren Kollegen nicht anerkannt, daher die öfteren Pankleien. Nicht zuletzt liegt es im Interesse der Firma selbst, wenn sie sich mit ihren Werkstattarbeitern auf einen annehmbaren Tarif einigt und auch in puncto Deimarbeiter die ihr gesetzten Schranken nicht überschreitet, denn die glückliche Lage der Firma, auch ohne die Sattler in der Werkstatt ihr Geld verdienen zu können, wie sich der Stellvertreter des Herrn Nigen äußerte, könnte leicht zum Verhängnis werden, darum ist es höchste Zeit, daß die Firma hier Remedur schafft, ehe es zu spät ist.

Das Kollegialitätsgefühl unserer Kollegen ist ein gutes, auch läßt sich die Verwaltung die Agitation angelegen sein und ist der Versammlungsbesuch

betriedigend. Der Mitgliederbestand ist 38, Aufnahme 13.

In Straßburg sind wohl eine große Anzahl Sattler gegen 100 beschäftigt, doch sind davon 60 bis 80 in der fertigenen Artillerieverfabrik, welche dort unter annehmbaren Lohnverhältnissen arbeiten, aber für uns unzugänglich sind, wegen angelegten Organisationsverbots. In Betracht kommen für uns nur die Kollegen der Firma Jansen (15 20, Guttmann 31, Winger 2) und Bierendreier in Kehl 15). Die anderen Sattlermeister beschäftigen nur Lehrlinge und selten einen Gehilfen. Die kleineren Geschäfte richten sich nach dem, was die Firma Jansen bezahlt, und dieser hat einen Tarif ähnlich dem Ueberfelder, der wohl für die Kollegen einige Verbesserungen bedeutet, aber von ihnen nicht formell anerkannt ist. Herr Jansen erklärte sich bereit, wenn in Karlsruhe und Kaiserslautern bessere Preise zustande kommen, dieselben auch zu bezahlen. Auerkennenswert ist, daß trotz mancher Mannbarkeiten es sich einige Kollegen sehr anlegen sein lassen, für unsere Sache zu arbeiten, und es in zu erwarten, daß die anderen mehr als seither die Verwaltung unterstützen und auch die Versammlungen pünktlich besuchen, denn es ist zweck und sinnlos, über schlechte Zustände zu schwärmen und nicht mitzuhelfen an dem Ausbau und der Stärkung der Organisation, welche das wirksamste Mittel ist, unsere Lebenshaltung zu verbessern. Also frisch ans Werk, Kollegen, damit der Mitgliederbestand bald einen namhaften Zuwachs erhält.

In Mannheim ist ein schöner Fortschritt zu verzeichnen, die Verwaltung dort ist sehr rührig und hat die günstige Gelegenheit des Aufschwunges der Autoindustrie gut ausgenützt, um den Mitgliederbestand zu vermehren, auch wurden in Heidelberg und Edingen Kollegen gewonnen. Die Sattler der Firma Benz haben durch eine seitens des Fabrik-Ausschusses eingeleitete Lohnbewegung einigen Erfolg erzielt, indem jetzt für Ueberstunden 25 Proz. und für Nachtarbeit 50 Proz. vom Stundenlohn als Zuschlag erreicht wurde, während seither nur 10 Pf. pro Stunde bezahlt wurde. Affordzuschlag wurde bisher 45 Pf., jetzt 50 Pf. pro Stunde bewilligt. Erscheint dieser Erfolg auch minimal, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß meistens im Afford gearbeitet wird und dabei 65 bis 75 Pf. pro Stunde verrechnet werden. Alle vier Wochen werden Werkstattversammlungen abgehalten, die gut besucht sind und in das Organisationsverhältnis ein bedeutend bessere geworden, so daß nur noch wenige Kollegen uns fernhalten. Hoffen wir, daß auch diese bald zur Einsicht kommen, damit wir in Zeiten der Gefahr, gestützt auf unsere Einmütigkeit, imstande sind, uns genügend zu wehren. Der Besuch der Mitgliederversammlungen läßt noch zu wünschen übrig und sollte es sich jeder Kollege zur Pflicht machen, wenn irgend möglich, an denselben teilzunehmen und so zum Ausdruck zu bringen, daß er gewillt ist, die Solidarität unter unseren Mitgliedern zu fördern, was ein Haupterfordernis zu weiterem Vorwärtsschreiten und zur Erreichung besserer beruflicher Verhältnisse ist. Unsere Mitgliederzahl beträgt 63, Zuwachs 25.

(Fortsetzung folgt.)

Streiks und Lohnbewegungen.

Bauten. In unserer Zeitung vom 2. September befindet sich ein Artikel über die Lohnbewegung in der Baubauer Waggonfabrik. Diese Bewegung ist beendet, jedoch müssen wir darauf hinweisen, daß Bauten im Interesse unserer Kollegen noch zu meiden ist; speziell aber die Waggonfabrik, da dieselbe vor kurzem nach in den Zeitungen tüchtige Waggonfaller suchte. Am Freitag wurden jedoch 6 Mann, meistens verheiratete Kollegen, welche vordem hier in kleineren Betrieben beschäftigt hatten, gekündigt. Angeblieh wegen Arbeitsmangel! Man spricht hier gewissermaßen Kanakball mit den Arbeitern. Im Winter wird es dann den anderen Berufen vielleicht auch noch so gehen. Trotz alledem soll die Fabrik vollbeschäftigt sein. Wir möchten daher die Kollegen in ihrem eigenen Interesse eruchen, Arbeitsangebote der Waggonfabrik, wenn sie sich vor Schaden hüten wollen, abzuweisen.

Die Ortsverwaltung.

Berlin. Der Streik der Offiziersattler konnte nach eintägiger Dauer mit einem annehmbaren Erfolge beendet werden. Es wurde erreicht eine Erhöhung des Minimallohnes von 45 auf 50 Pf. pro Stunde. Nach 4jähriger Beschäftigung in einem Offizierbetriebe erhöht sich der Minimallohn auf 5 1/2 Pf. Die Affordpreise erfahren eine durchschnittliche Erhöhung um 5 bis 6 Proz. Berücksichtigt man, daß die Fabrikanten jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen rundweg ablehnten, ja, sogar den Ablauf des Tarifvertrages auf eine für unsere Kollegen äußerst ungünstige Zeit festgelegt wissen wollten, berücksichtigt man fer-

ner, daß ein erheblicher Teil der Offiziersattler aus sehr alten Herren besteht, die nur schwer für die Forderungen der Neuzeit interessiert und ganz erklärlicherweise auch nur sehr schwer zum Verlassen eines Betriebes, in dem sie ein Menschenalter zur „Aufrechterhaltung“ ihres Arbeitgeberes geschuftet haben, veranlaßt werden konnten, so kann man mit dem Erfolge immerhin zufrieden sein. Wie vorauszu-sehen war, erfolgte die Arbeitseinstellung nicht mit dem Glanz und der Einmütigkeit, die notwendig ge-wesen wäre, und doch fühlten sich die Fabrikanten sofort gezwungen, bei uns Verhandlungen nachzu-suchen, die sie vorher brünst abgewiesen hatten. Wie so ganz anders wäre der Erfolg ausgefallen, wenn die Fabrikanten eine geschlossene Kofaktion der Ar-beiter vor sich gesehen hätten. So mander brave Alte stand treu zu unserer Fühne, als der Ruf zur Arbeitseinstellung erfolgte. Aber — und hier bei zeigte sich so recht die Dynamenatur des Durch-schnittsmenschen — auch einige junge Marodeure glaubten den Augenblick gekommen, sich Lebens-längliche Stellungen erledigen zu können. Diese Herren hatten nicht berechnet, daß die Fabrikanten tüchtige Arbeiter, und nur solche, brauchen und diese Kunden im Streik. Der Verrat an ihren eigenen Kollegen und die Reue um die den Fabri-kanten hatte also nicht den gewünschten Erfolg. Der „Erfolg“, den sie zu verzeichnen haben, ist höchstens der, daß sie von beiden Seiten verachtet werden. Und das haben diese Leute ehrlich verdient! Man braucht den Spion, aber man verachtet ihn! Die Wahrheit dieses Wortes wird ein ge-wisser jemand von der Firma K. früher, als ihm lieb ist, erfahren.

Die Lohnbewegung der Treibriemenattler in Hannover ist beendet. Wenn bei dieser Bewegung auch nicht alles bewilligt wurde, so müssen wir uns unter den gegebenen Verhältnissen damit zufrieden stellen. Die Firmen Westermann wie auch Frommner, lehnten es ab, mit dem Verbands-eigenen Tarifvertrag abzuweichen. Im Auftrage der Gehilfen wurde der Gauweiler bei den beiden Fir-men vorstellig. Der Fabrikant Westermann antwortete: „Wenn er die Forderungen bewilligen sollte, welche die Gehilfen aufgestellt hatten, dann könnte er sein Geschäft gleich aufgeben, da er nicht mehr bestehen könnte.“ Man nehme nun berührt es uns bei der Ver-handlung, daß ein Brief vorgelegt wurde, in dem ein Nachfolger sich beschwerte, daß er von den anderen getrieben werde, dem Verband beizutreten. Er wäre krank geworden durch die Sticheleien und Degereien der Gehilfen, weil er dem Verband nicht beitreten wollte. Hinter diesem Briefe steht nun etwas anderes, wie wir feststellen können. Der „gute Mann“ will sich anwerben bei seinem Unternehmer und verläßt die in der ordinarischen und scholastischen Weise seine Mitarbeiter. Im Verbands in für der-artige Elemente kein Platz. Wir verzichten gerne darauf und gönnen diesen Mann der Firma Westermann von Herzen. Dieser Mensch hat schon mehrere Gehilfen aus der Arbeit gebracht. Wie heißt doch das Sprichwort? „Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt ein Demozoiant.“

Meine Leute sind schon dumm, daß sie jede Woche das Geld in den Verband zahlen“, meinte Herr Westermann. „Na, Kinder sind wir auch nicht, wir wissen schon, was der Ver-band für uns für Nutzen hat“, wurde ihm entgegen-gesagt. Durch diese Bewegung belamen die Kollegen, welche in Stundenlohn arbeiten, eine Mark zugelegt. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde die Woche ver-züngt. Dem Gauweiler gegenüber antwortete er, beim Akkord soll das Nutzen wegfallen. Den Gehilfen gegenüber ist dieses nicht gesagt worden. Es liegt an den Gehilfen dieser Verknüpfung, die Organisation hochzuhalten und bei geringerer Zeit nachzuholen, was jetzt nicht durchgeführt werden konnte. Sehr renommierten tat der Fabrikant mit dem Verdienst seiner Leute. Ein Gehilfe hatte 46 Mk. die Woche verdient. Das wurde aber nicht gesagt, daß der Ge-hilfe 86½ Stunden in der Woche gearbeitet hatte und dazu auch noch auf Montage war!

Bei der Firma Frommner wurde eine Auf-besserung der Stundenlöhne von 35 Pf. auf 40 Pf. bei einem Kollegen, von 40 auf 44 Pf. bei zwei Kol-legen, von 42½ auf 45 Pf. bei 3 Kollegen erreicht. Diejenigen Gehilfen, welche am 1. Oktober mit 44 Pf. entlohnt sind, sollen am 1. Mai nächsten Jahres 45 Pf. er-halten. Weiter soll eine 5prozentige Aufbesserung der Löhne der Nachmittags emittieren, ebenso für das Hobeln der Radbänder. Vom 1. September bis zum 31. April soll die tägliche Arbeitszeit auf 9½ Stunden verkürzt werden. Vom 1. Mai bis zum 31. August soll die 10stündige bestehen bleiben, wenn die Geschäftslage es erfordert. Treibt Arbeitsmangel ein, so soll die tägliche Arbeits-zeit auf 7 Stunden verkürzt werden, ebe Entlassungen vorgenommen werden. Für unumgänglich notwendige Arbeitszeitverkürzungen bei Konzentrationen, Verdrängung von Familienangehörigen wird der Lohn nicht gekürzt. Das Werkzeug soll geliefert werden,

desgleichen blaue Anzüge für Monteur. Sämtliche Aufbesserungen treten am 1. Oktober d. J. in Kraft. Bist es nicht, was wir bei dieser Lohnbewe-gung herausgeholt haben. Immerhin bedeutet es einen Fortschritt. Bei späterer Gelegenheit holen wir das nach, was diesmal nicht bewilligt wurde.

Aus unserem Beruf.

Sine Treibriemenausstellung findet am Sonn-tag, den 4. Oktober und folgenden Tage, in Berlin im Lustenbosch statt. Die Ausstellung verpricht ein naturgetreues Bild zu geben von den gewaltigen technischen Fortschritten und Umwälzungen, welche auf dem Gebiete der Treibriemenfabrikation in den letzten Jahren erfolgt sind. So wird unter anderem auch die neue Treibriemenmaschine, die jeder Kollege und wir überhaupt jeder Radmann vor kurzem noch für unmöglich gehalten hätte, öffentlich vorgeführt werden. Heber die Leistungs-fähigkeit dieser Maschine ist uns genauso noch nicht bekannt, obwohl schon eine Anzahl Betriebe diesen neuen „eternen Kollegen“ eingeführt hat. Es wird uns berichtet, daß die Nacht an sich durchaus der Handarbeit ebenbürtig und ebenso haltbar, solide und schon wie diese sein soll. Der Eintrittspreis für die Ausstellung ist leider ein so hoher, daß es wohl nur wenige Kollegen werden dürfte, die ihr Budget so hoch zu beladen in der Lage sind; die Eintrittskarte kostet nämlich 5 Mk.

Möchte sich entschließen sich die Berliner Treibriemenfabrikanten dazu, unseren Kollegen freien Ein-tritt zu dieser Ausstellung zu erwidern; auch Lage es ebenso im Interesse der Fabrikanten wie der Arbeiter, wenn die Fabrikanten denjenigen Ar-beitern, die die Ausstellung besuchen wollen, etwa einen halben Tag freigegeben würden bei Fort-zahlung des Lohnes natürlich. Der Verband der Treibriemenindustrie des Deutschen Reiches hält übrige-nis bei Gelegenheit dieser Ausstellung auch seine Generalversammlung in Berlin ab, die voraussicht-lich wiederum eine Erhöhung der Treibriemenpreise beschließen wird. Wir werden über die Ausstellung natürlich berichten. Sollte sich das über die Ab-mahnung Besagte betragen, dann dürfte für die in der Treibriemenbranche tätigen Kollegen in der Tat ein neues Zeitalter eintreten. Es ginge ihnen dann ähnlich wie den Vachrudern der sich über-reichend schnell einbürgerten Segelmacherei.

Und so unangenehm unseren Kollegen auch der neue Konkurrenz werden kann und werden wird, wir müssen uns mit diesem dann abzufinden suchen. Eine Verminderung der Arbeitskräfte dürfte noch die er-trägliche Folge der Einführung dieser Maschine sein. Doch diese aber nicht ein Mittel wird, die Lebenshaltung auch der in Arbeit stehenden Kol-legen herabzubringen, das zu ver-hindern dürfte die nächste und wich-tigste Aufgabe unserer Treibriemen-sattler sein! Also warten wir ab und handeln wir dann entsprechend.

Nach einmal die Firma Krüger u. Arwe in Osterwick! Schon des öfteren hatten wir Gelegen-heit, in unserer Zeitung uns mit der Firma Krüger u. Arwe in Osterwick zu beschäftigen. Es sind Tüchtige von Kollegen, welche bis jetzt bei dieser Firma gearbeitet haben. So hat vor einigen Wochen wieder ein Kollege eine kurze Gastrolle dort ge-gelassen und ist von selbst gegangen. In einer Ver-richtigung an die Redaktion unserer Zeitung, welche in Nr. 19 stand, erklärte die Firma, daß die Leute, welche wenig verdienen, sich erst erarbeiten müßten. Nun beschäftigt diese Firma immer Lehrlinge. Wenn diese als Gehilfen bei der Firma arbeiten, verdienen sie auch nicht viel. Die Ausbildung der Lehrlinge läßt viel zu wünschen übrig. Zweieinhalb Jahre müssen die Lehrlinge an der Nietmaschine lernen, was können sie da vom Sattlerberuf lernen? Der Fabrikant Arwe jr. hat ja gesagt, daß er Lehrlingszuchterei haben muß, da er keine Ge-hilfen bekommt. Wenn anständige Löhne gezahlt werden und humane Behandlung ist, halten die Ge-hilfen auch aus.

Unser Kollege hielt es für seine Pflicht, den Lehrlingen so sagen, sie sollten darauf dringen, daß sie mehr lernen und Koffer zu machen bekommen. Die Lehrlinge hatten dieses im Kontor angebracht, worauf der Gehilfe vorgekommen wurde. Man hielt ihn gleich einen „Ge-zer“. Weiter ging der Fabri-kant auf den Artikel in Nr. 19 unserer Zeitung ein und stellte es als eine Unwahrheit hin, daß die Frauen und Mädchen 5—7 Mk. die Woche verdienen. Er bezahlte Löhne von 6, 7, 8, 9, 10 und 12 Mk. Es kommt vor, daß nur halbe Tage gearbeitet wird, selbstverständlich wird da weniger verdient. Die Frauen hätten nicht viel verdient, wenn sie nötig, denn sie werden von den Män-nern ernährt! Die jungen Mädchen sind zu Hause, da gibt es zu essen und sie haben es nicht nötig, abends spazieren zu gehen wie in der Groß-stadt. Freilich, in der Werkstatt haben die Mädchen eine gewisse Freiheit, sie können singen und zur Ab-

wechslung mit dem Verkehrer und dem Herrn Arwe jr. Ringkämpfe machen. Auch werden sie ge-zwickelt und getätschelt und was sonst noch alles vor-kommt. Wir möchten der Firma empfehlen, in Zu-kunft darauf zu sehen, daß Änderungen getroffen werden, damit derartige Artiken nicht mehr gebracht zu werden brauchen.

Sech Jahre Nachblatt. Unter diesem Stichwort wirft unser österreichisches Bruderorgan einen Nuchblid auf die Zeit seines Bestehens. 10 Jahre Kampj bedeutet das zehnjährige Bestehen eines Gewer-schafts und überhaupt eines Arbeiterblattes. Hier bei uns in Deutschland so gut wie in Oesterreich, in Oesterreich so gut wie überall in der gesamten Welt, wo die Unterdrückten gegen die Unterdrücker aufbegehren. Und er hat sich in dieser Zeit wieder geschlagen unser österreichischer Kampfgenosse. Solche Kämpfe bringen Ehren, sie schlagen aber auch Wunden, denn zahlreich sind die Feinde und leider nicht nur die natürlichen, sondern auch noch immer die unnatürlichen, die Feinde aus den eigenen Reihen, die täglich bereit sind, dem Redakteur kürzeren oder längeren süßenlosen Auf-enthalt in den vom Staate erbauten „Bastionen“ zu verschaffen. Auch unserem Freunde und Kollegen Kautz in Wien, dem Redakteur des Nach-blattes, bot sich diese günstige Gelegenheit, sich einen ganzen Monat auf Staatskosten vollzureisen. Und da er ein vorkraftiger Mensch ist, griff er natürlich mit beiden Händen zu, und vollkommen gerechtfertigt war es, daß man ihn wenigstens an einem Tage dieses Monats nichts zu essen gab (ein Kaffee). Das schickte auch gerade nach, diesen „Re-dakteuren“ neben „schlechten Himmelreich“ und „blauem Beinreich“ und anderen „Genüssen“ dieses Ferienaufenthaltes das Leben auch sonst noch an-nehmlich zu gestalten. Denn „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, so steht es schon in der Bibel. Na, aber genügt hat diese Strafe nicht, was bei der Dankgottlosigkeit dieses Sünders übrigens voraus-zusehen war.

Vor der Zeit des Bestehens des eigenen Nach-blattes hatten unsere österreichischen Kollegen „Ver-hältnisse“ mit den dortigen Lehrern und zumeist sogar mit uns, mit den deutschen Sattlern ange-knüpft. Beide Organisationen stellten einen Teil des Mannes ihrer Organe den österreichischen Sattlern zur Verfügung. Doch so ganz anders waren die Verhältnisse, die an dieses „Verhältnis“ geknüpft waren, als diejenigen, die man sonst an ein „Verhältnis“ knüpft. Es sollte nicht zur Ebe, nicht zur dauernden Gemeinschaft führen. Ein Zeichen der Schwäche war es damals, wie es ein Zeichen der Stärke war, als dieses Verhältnis gelöst werden konnte.

Für die tschechischen Kollegen wird ein besonderes Blatt in einer tschechischen Drucker hergestellt, und hofft man, auf diese Weise selbst den weitgehenden separatistischen Wün-schen gerecht geworden zu sein. — Wir wollen das Gute hoffen!

10 Jahre Nachblatt! 10 Jahre Kampf! 10 Jahre Erfolge! auf dem so weiten Gebiete des national zerissenen Schlachtfeldes der österreichischen Arbeiter-bewegung, das ist keine Kleinigkeit. Wir wollen wünschen, daß unser Bruderorgan auch in den näch-sten zehn Jahren so unüffig und so erfolgreich die Interessen unserer Kollegen vertritt wie bisher. Ein herzliches Glück auf dem alten, neuen Streiter und ein fröhliches „Vorwärts!“ „Viel Feind“, viel Ehr.“

Korrespondenzen.

Damen. (E. 12. 9.) Am 9. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Vor-schlag gemacht, die schon beschlossene Neuwahl der Ortsverwaltung vorzunehmen. Nach eingehender Debatte wurde die Wahl auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. Ein Antrag, die Wahl eines Vertrauensmannes für die Westfälische Nord-deutsche Automobilwerke mit auf die Tagesordnung zu setzen, wurde angenommen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Lehler einen ausführlichen Bericht über die stattgefundenen Kartell-sitzung. Bei der Wahl des Vertrauensmannes wurde Kollege Lehler gewählt. Unter Punkt „Verstie-benes“ kamen die Verhältnisse auf dem Norddeutschen Automobilwert zur Sprache. Hier sind zurzeit 15 Kollegen in Beschäftigung. Trotzdem in letzter Zeit von der Firma noch nach Sattlern anannonciert worden ist und auch noch Kollegen eingestellt worden sind, hat der betreffende Meister zu einem Kollegen geklopft, er habe keine Arbeit mehr für ihn, und er würde wohl aufgeben müssen. Diese Angelegen-heit wurde nun lebhaft debattiert und wurde im all-gemeinen auch eine Stellung im Geschäftsgang zu-gegeben. Im Laufe der Debatte wurde nun folgen-der Antrag angenommen: „Wie eintretende m Arbeitsmangel ist, ohne daß Entlas-sungen vorgenommen werden, die Ar-beitszeit entsprechend zu verkürzen.“

Nachdem noch für die am kommenden Sonntag stattfindende Protestversammlung gegen die Reichsvereinerung Propaganda gemacht worden war, wurde die von 13 Kollegen besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Nachdem ist. Am anderen Tage wurde nun der Kollege, welcher aussetzen sollte, entlassen. Trotzdem der Arbeiterausschuß, welchem auch ein Kollege der Sattlerer angehört, vorstellig wurde, wurde doch die Entlassung perfekt. Nachdem wir unser Ausschußmitglied gleich auf unseren Beschluß betreffs Arbeitszeitverkürzung aufmerksam gemacht hatten, erklärte uns selbiger, daß er das vorgebracht habe; es wurde ihm aber erwidert, daß in nächster Zeit (soviel noch mindestens 5 Kollegen entlassen werden würden. Auf Grund dessen wurde nun gleich nach Arbeitschluss eine Werkstattbesprechung einberufen. Hier wurde unserem Ausschußmitglied der Vorwurf gemacht, daß er die Schuld trüge, daß der betreffende Kollege entlassen worden ist. Die Beschwerte ist dem Betriebsleiter vorgegetragen worden. Da derlei aber nicht erwidert ist, über unseren Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit zu bestimmen, so mußte eigentlich die Beschwerte über die Entlassung der Direktion vorgebracht werden. Dann wäre es sicher nicht zur Entlassung gekommen. Es stellte sich ferner heraus, daß die Meißnerung, es müßten (soviel) in nächster Zeit noch einige Kollegen ausbüßen, nicht von dem Betriebsleiter herabziehe, sondern daß der betreffende Kollege die Meißnerung von dem Meister habe, welcher aber doch in der Angelegenheit gar nicht maßgebend ist. Der entlassene Kollege, welcher, nebenbei bemerkt, noch Familienwater ist, verzichtet auf weitere Maßnahmen, um wieder in den Betrieb hineinzukommen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Firma in nächster Zeit wieder Sattler sucht, ersuchen wir alle Kollegen, welche gewonnen sind, ihr Doucil in der Jagunimobilen Hattenfängerstadt Hameln aufzuschlagen, unter allen Umständen vorher Erkundigung bei der hiesigen Ortsverwaltung einzuholen, damit sie nicht Gefahr laufen, nach 4 Wochen „Fegensreicher“ Tätigkeit auf die Landstraße geschickt zu werden.

Werkstattheim. (S. 7. 9.) Eine gut besuchte Versammlung der bei der Firma H. Opel beschäftigten Automobilfaktler beschäftigte sich u. a. mit dem Verhalten des Sattlermeisters Krüger zu dem bestehenden Affordlohnvertrag. Mit dem Betriebsinhaber, Herrn Kommerzienrat Opel wurde feinerzeit unter Beisein des Sattlermeisters der bestehende Tarifvertrag vereinbart und von Herrn Opel eigenhändig unterschrieben. Unsere dortigen Kollegen sind der festen Überzeugung, daß Herr Opel auch gewiß ist, den mit seiner Unterschrift anerkannten Vertrag einzubehalten, und ihm nichts von den Modifikationen und Umgehungsversuchen seines Sattlermeisters bekannt sein wird. Leider gibt es auch einige Kollegen, die zu feige sind, die Lohnrunderreien dieses Herrn auf Grund des Vertrages zurückzuweisen und sich bewegen lassen, unter dem Tariflohn zu arbeiten. Um so mehr wächst dem Meister dann der Mut, diese Mäuschen auch bei anderen Kollegen zu versuchen, um so noch und nach den ganzen Affordlohnverträgen aufzuziehen. Will er sich damit eine Extra-Provision verdienen oder sucht er sich unentbehrlich zu machen, indem er das gegebene Wort seines Brotherrn brecht und ins Gegenteil verkehrt? Wir glauben nicht, daß er sich auf solche Weise die Anerkennung und das Wohlwollen seines Herrn verdient, oder bestehen seine ganzen Bekämpfungsfähigkeiten darin, den Arbeiter um den sauer verdienten Lohn zu prellen? Jedemals könnte er die Interessen seines Arbeitgebers auch auf andere und anständigere Art wahren.

Wer auf dem Vertrag besteht und auf die tarifbrecherischen Zumutungen nicht eingeht, erhält wohl den Tariflohn, aber man versucht, ihn dann auf andere Weise zu drücken. So erhält er andere Arbeit, auf die weniger verdient wird, oder auf welche er nicht eingearbeitet ist und hat andere Schikanen aller möglichen Art auf sich zu nehmen. Bei Beschwerten und Vorhaltungen dem Meister gegenüber wird den betreffenden Kollegen mit aller deutscher Auspielung gesagt: „Das habt ihr nur Euren Vätern selbst einst angehört, als er sich noch als Arbeiter fühlte. Wenn der Meister nun aber glaubt, mit solchen Auspielungen unsere Kollegen zu entzweien und ihrem Verbands zu entfremden, so befindet er sich damit in einem verhängnisvollen Zerkum. Es ist im Gegenteil auch eine Art Agitation, welche er, ohne es zu wollen, für uns betreibt, denn gerade durch solches Vorgehen werden die Arbeiter immer fester zusammengefaßt, weil sie sehen, daß sie vereinzelt machtlos sind und nur noch in geschlossener Organisation gegen derartige Übergriffe der Meisterherrlichkeit Schutz finden können.“

Diese Stimmung kam denn auch in der Versammlung so recht zum Ausdruck. Die Kollegen sind nicht gewillt, sich solches tarifwidrige Treiben des Herrn Meisters noch länger gefallen zu lassen, sondern werden, wenn die Kreisrunderreien nicht auf-

hören, Gegenmaßregeln ergreifen müssen. Sie sind der Meinung, daß, wenn in einem Betriebe ein Affordlohnvertrag besteht, dieser zur Erhaltung des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitern geschaffen wurde und über tariflich festgelegte Affordpreise keine Kontroversen entstehen sollten. Dieses friedliche Verhältnis wird aber durch das Verhalten des Meisters zum Tarifvertrag fortwährend gefährdet. Würde der Meister nicht auch über Tarifbruch und Treulosigkeit der Arbeiter lernen, wenn es den Sattlern etwa einfallen sollte, höhere Preise als die im Affordlohnvertrag festgelegten zu verlangen? Ein Vertrag ist doch dazu da, um von beiden Kontrahenten eingehalten zu werden.

Was jetzt hat die Werkstattkommission noch davon Abstand genommen, wegen dieser Manipulationen bei Herrn Kommerzienrat Opel vorstellig zu werden, wird das aber tun müssen, wenn der Sattlermeister Herr Krüger nicht zur besseren Einsicht kommt.

Auch andere Mittel haben wir noch zur Verfügung, die Vertragseinhaltung durchzusetzen. Die ganze Organisation steht hinter den Kollegen der Firma Opel, die nichts weiter wollen, als die Einhaltung und Wahrung ihrer vertraglichen und von den Herren Fabrikanten ausdrücklich anerkannten Rechte.

Wörlitz. (S. 13. 9.) Eine Mitgliederversammlung fand am 3. September statt. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten fand eine Diskussion über den Streit bei Arnade statt. Besonders kritisiert wurde, daß Herr Arnade bis jetzt viel zu wenig der Öffentlichkeit dargelegt wurde, wie er „leibt, lebt und regiert“. Sodann fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die am 3. September tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Wörlitz nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Vorsitzenden, betreffend die gegenwärtige Situation des Streits bei Arnade. Sie spricht den seit 11 Wochen im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen ihre vollste Sympathie aus. Die Versammelten, sowie insbesondere die Streikenden haben Kenntnis genommen und fühlen es als eine Ehrenschuld, der außerordentlichen Opferwilligkeit der vielen Zahlstellen zu gedenken, deren jede nach Kräften durch ihre materielle Unterstützung dazu beigetragen hat, den Aussäugenden in ihrem schmerzlichen Kampfe beizustehen. Die Streikenden, sowie die Ortsverwaltung Wörlitz sprechen hiermit den Kollegen in allen Ecken Deutschlands ihren herzlichsten Dank aus. Wir sind uns bewußt, hier Kleinarbeit zu leisten und Opfer zu bringen, werden das aber um so leichter überwinden können, wenn uns in solchem Maße die moralische und materielle Unterstützung aller deutschen Verbandkollegen weiter zur Seite steht.

Soziales.

Soziale Gesetzgebung in Holland. Wohl mehr der Not gehorchend, denn dem eigenen Triebe, ist der Zweite Kammer eine Gesetzesvorlage zugegangen, welche die durch die Berner Konvention notwendige gewordenen Bestimmungen vorsieht. Bezeichnend ist, daß die Vorlage erst jetzt kommt, da ja die Konvention schon am 1. Januar 1911 in Kraft tritt. Sie ist von dem Minister Talma ausgearbeitet, der allerdings über die Minimalbestimmungen der Berner Konvention hinausgeht. Am folgenden geben wir die Hauptzüge des Entwurfes wieder:

Die Frauenarbeit soll im allgemeinen zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten werden. Hiervon sind einige Verufe ausgenommen, in denen den Frauen aber mindestens eine 1 1/2stündige Ruhezeit zwischen je zwei aufeinanderfolgenden Arbeitstagen gewährt werden muß. Zwischen 10 Uhr abends und 3 Uhr morgens jedoch ist jede Frauenarbeit, mit Ausnahme der Heringsseinfalzerei, verboten. Die gleichen Bestimmungen sollen auch für alle jugendlichen Arbeiter beider Geschlechter gelten. Als jugendliche Arbeiter sollen solche unter 17 Jahren (bisher 16 Jahre) gelten.

Die Maximalarbeitszeit der Frauen und Jugendlichen soll 10 Stunden pro Tag nicht übersteigen, doch sind für dringende Arbeiten auch hier Ausnahmen zulässig. Verheiratete Frauen dürfen an Sonnabenden nur bis 4 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Für die letzten beiden Bestimmungen ist eine Uebergangszeit vorgesehen. Nach je 4 1/2 Stunden Arbeitszeit ist den Frauen und Jugendlichen eine Ruhepause von mindestens einer halben Stunde zu gewähren. Kinder unter 13 Jahren, die ihrer Schulpflicht noch nicht genügt haben, dürfen überhaupt nicht in gewerblichen oder industriellen Betrieben beschäftigt werden.

Wie hieraus ersichtlich, läßt der Entwurf jede Regelung der Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter völlig außer acht. Auch von einer Berücksichtigung des feinerzeit von der Kammer angenommenen Antrages, der den Rehnstandtag für alle Arbeiter verlangt, ist keine Rede. Auch die Seimarbeit ist unter dem Vorwande, daß es an authentischem Material über die Verhältnisse der Seimarbeit mangel-

und daher erst eine Erhebung veranlaßt werden müsse, unberücksichtigt geblieben, von den Landarbeitern gar nicht zu sprechen.

Eine weitere Vorlage, die sich mit der Nacht- und Sonntagsarbeit in Badereien beschäftigt, ist noch weit unvollkommener, soweit das überhaupt möglich ist.

Zündwaren und Leuchtmittel. Zu den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches wird zum erstenmal eine Statistik der Herstellung und Verwendung von Zündwaren und Leuchtmitteln im deutschen Zollgebiet, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910, veröffentlicht. Es waren 71 Betriebe vorhanden, welche zusammen durchschnittlich 2188 männliche und 2060 weibliche Arbeiter beschäftigten. An Zündhölzern wurden 17 941 Millionen Stück, an Zündspäthen 296 Millionen Stück hergestellt. Vom Auslande wurden 109 Millionen Stück Zündhölzer und 3 Millionen Stück Zündspäthen eingeführt. Der Ertrag an Zündwarensteuer ergab für Zündhölzer 7 068 771 RM., für Zündspäthen 10 237 RM., insgesamt 7 079 008 Mark für die sechs Monate.

Für die Produktion von Leuchtmitteln waren 175 Betriebe vorhanden, in denen 13 994 323 Kohlenfadengläublampen, 17 828 730 Metallfadengläublampen, 253 436 Kerzenbrenner, 4541 Brenner zu Cuedfilterdampfampfen, 61 380 188 Stück Glühkörper für Gaslampen, sowie 4 360 015 Kilogramm Brennstoffe für Vogenlampen aus Meinkohle und 1 032 972 Kilogramm Brennstoffe für Vogenlampen mit Leuchtgasen hergestellt wurden. Vom Auslande wurden eingeführt 566 115 Kohlenfasern und 141 407 Metallfadengläublampen, 418 Kerzenbrenner, 70 Brenner zu Cuedfilterdampfampfen, 20 784 Glühkörper für Gaslampen, 11 751 Kilogramm (darunter 2111 Kilogramm Meinkohle) Brennstoffe für Vogenlampen aus Meinkohle und 6930 Kilogramm (darunter 3699 Kilogramm Meinkohle) mit Leuchtgasen. Die Einnahmen aus der Leuchtmittelesteuer in den sechs Monaten beliefen sich für Kohlenfadengläublampen auf 945 029 RM., für Metallfadengläublampen, Kerzenbrenner usw. auf 1 571 299 RM., für Brenner zu Cuedfilterdampfampfen auf 11 141 RM., für Glühkörper zu Gaslampen auf 1 526 062 RM., für Brennstoffe zu Vogenlampen aus Meinkohle auf 728 143 Mark und für solche mit Leuchtgasen auf 111 835 Mark, insgesamt auf 5 194 359 RM.

Rundschau.

Zimmer mehr gekrönte Häupter bezw. solche, die es werden sollen; wenden sich jetzt, wie es scheint, mit „Neben“ an die Öffentlichkeit. So hat der bayerische Thronfolger in einer Rede gesagt: „Ich danke dem lieben Gott, daß ich von katholischen Eltern abstamme... ich bin überzeugt, daß sie die einzig wahre und rechte Religion ist.“ Wenn doch endlich sich auch diese Herren daran gewöhnen könnten, ihre rein privaten Angelegenheiten für sich zu behalten. Warum wir diese prinzipielle Ablehnung hier erwähnen, ist auch nur die Inkonsequenz, die innere Unhaltbarkeit, die aus jedem Satze der Rede sich ergeben. Einmal ist es doch keine besondere Selbstdarstellung, überhaupt von irgendwelchen Eltern abzustammen. Zweitens war die Wittelsbacher Linie der Bayern durchaus nicht immer katholisch, sondern lange, lange Zeit eifrige Bekämpferin des Katholizismus. Drittens und letztens ist es unschäfer, wie jemand erklären kann, die katholische Religion sei die einzig richtige, und trotzdem auffordert, die Heberzeugung Andersdenkender hoch zu halten. Ist das erstere richtig, dann sind doch zweifellos die Heberzeugungen Andersdenkender total falsch, irreleitend und schädlich. Und das Schädliche und Falsche toleriert man nicht, sondern man bekämpft es und sucht es auszurotten. — Das tut ja auch die katholische Kirche nach Kräften und umgekehrt natürlich auch die protestantische. Nichts ist natürlicher als das! Wir sind die letzten, die uns über die Bekämpfung einer Meinung auch nur irgendwie aufregen würden, es muß nur mit anständigen Mitteln und mit geistigen Waffen gekämpft werden. Und da hapert es eben immer bei den „Geschorenten“ wie bei den „Geschlehten“, darum nimmt niemand mehr das Gerede von der kirchlichen Toleranz ernst. Erstfütternd wirken auf Menschen mit normaler Gefühlveranlagung die vorliegenden und gerichtlich attestierten Berichte, wie die katholische Kirche in Gegenden ihrer unbeschränkten Herrschaft gegenüber „nichtkatholischen Eindringlingen“ das „christlich-theoretische“ „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ in die Praxis über-

setzt. Genau so erschütternd auch, wie die preussisch-protestantischen Ränker in ihren Gesilden die „wahre Menschlichkeit“ betätigen, ganz zu schweigen davon, wie die einzelnen Regierungen bezw. deren ausführendes Organ, die Polizei, die „Ordnung“ aufrecht erhalten.

Zu Laufe dieser Woche haben endlich jene „Braven“, die bei den Wahlrechtsdemonstrationen

die lieben Untertanen besonders eindringlich mit dem Säbel getreulich haben, ihren wohlverdienten Lohn erhalten.

Wenigstens weiß jetzt jedermann, wozu die Polizei überhaupt vorhanden ist. Nämlich zum Schutze der Bürger!

In Frankfurt a. M. hat man es fertig gebracht, Politiker von Weltren, wie Jean Jaures aus Frankreich und Vanderbilde aus Belgien, am Reden in der französischen Sprache zu verhindern, im „voten“, freien und ungehindert so demokratisch regierten Hessen wurde verhindert, daß das russische „Instrument des Dammes“ der Bevölkerung im Adamslohrn vorgeführt wurde.

Was es wäre aber auch schlimm um Preußen bestellt, wenn es ein Lumpiger Redakteur, das Recht haben sollte, zu erzwingen, daß so ein „Wohltäter“, wie der Breslauer Handarbeiter, der nur im Stillen wirken und nicht bewundert werden will, auf den öffentlichen Markt gestellt werden soll.

„Arbeiter-Jugend.“ Die soeben erschienene Nr. 18 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Weltparlament der Arbeit. — Ein Jahr Jugendbewegung. — Mein Zimmeraquarium illustriert. — Nach dem Sozialengesetz (Schluß). Von Wilhelm Schröder. — Für Mädchen schick dich das nicht! Von Louise Zieg.

Der Mensch, welcher sein Leben lang rechtlich und in angelegentlichster Tätigkeit bis zum Greisenalter verbracht hat, soll in seinem Alter weder von der Gnade seiner Kinder noch der bürgerlichen Gesellschaft leben. Ein unabhängiges, sorgenfreies und müheloses Alter ist der naturgemäße Lohn für die unausgelebten Anstrengungen in den Tagen der Kraft und Gesundheit.

So lange noch eine Kanone gesehnt wird, solange noch ein Mensch einen anderen tötet, ist keine Religion auf der Welt; solange noch ein Geistlicher einen Menschen schwören läßt, auf Kommando seinen Bruder zu töten, ist alles Kirchentum eitel Lüge.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder werden hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Beiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingeliefert.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, achen ihrer Mitgliedschaft an den Verband verlustig. Während der Dienzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

Bücherchau.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindegewalt. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis pro Quartal 3 Mk. Einzelnummern 30 Pf. Die Hefte 32, 33 und 34 liegen aus vor. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 18 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Weltparlament der Arbeit. — Ein Jahr Jugendbewegung. — Mein Zimmeraquarium illustriert. — Nach dem Sozialengesetz (Schluß). Von Wilhelm Schröder. — Für Mädchen schick dich das nicht! Von Louise Zieg.

Adressenänderungen.

Hof a. Saale. K. Aris Schlumprecht in Oberlogau bei Hof. B. Bernh. Maitzel, Alsenberger Straße 26.

Lützenfeld. Vertrauensmann Otto Höhne, Lützenfeld 17.

Karel i. Cldg. E. Aris Käfer, Seitenstr. 18, Frankfurt a. Main. RU. beim R. Böh. Nommel, M. Übermünster. 5 III, von 7 1/2—8 Uhr abends.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns eintreffen.)

Breslau. Sonnabend, den 24. September, Mitgliederverfammlng im „Grünen Bergel“.

Göln. Sonabend, den 24. September, abends 9 Uhr, Mitgliederverfammlng im Volkshaus.

Gffen a. Ruhr. Sonnabend, den 24. September, abends 9 Uhr, bei Schmierung, Rheinische Straße.

Hannover. Sonnabend, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederverfammlng bei Aris Wolf, Schillerstr. 1.

München. Samstag, den 24. September, abends 8 Uhr, Verfammlng im „Lampgarten“, Jägerstraße 14.

Keterfen. Sonnabend, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, Verfammlng in Waders Herberge.

Anzeigen

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 4. Oktober 1910:

21. Stiftungs-Fest

des Verbandes der Sattler und Portefeuller in Louis Kellers Festhölle (Zuh. Arroy), Koppenstraße 29.

Heiterer Abend.

Mitwirkende:

- Aris Richard, Vortragmeister (Deutsches Theat.)
Marg. Grifflon, Konzertführerin
Fried. Uffmann, Klavier
Peter Uffmann, Konzertmeister (Violine)
Rudolph Uffmann, (Violoncello)
Konzertflügel (Zbach).

Nach dem Konzert: Großer Ball.

Herren zahlen 50 Pf. nach.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang präz. 9 Uhr.
Billet 40 Pf.

Billetts sind im Bureau sowie bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.
Um zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.

Am 1. Juli begann ein neues Abonnement der Zeitschrift

„In Freien Stunden“

Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk:

In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pfennig
Als Gratisbeilage erhalten die Leser mit dem 52. Heft das zweifarbige Kunstblatt:

Flusslandschaft mit Windmühle von Jacob Knisbael.

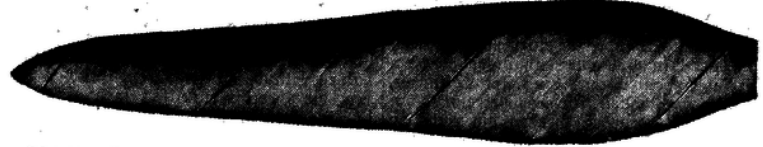
Jeder Leser unseres Blattes lasse sich von dem Parteebuchhändler ein Probeheft vorlegen.

Lehrbücher für Sattler:

- Bergschön, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mk.
Morgenstern, Der Sattler als Fußsneider 5,00
Mausch, Der Wagenfabrikant... 9,00
Mausch, Der Wagenlasten und sein Plan 5,00
Reuter, Die Schule des Tapezierers... 7,50
Schlüter u. Mausch, Handbuch f. Sattler 9,00
Schlüter, Fußsneider der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch:

Joh. Paffensack, Berlin SO. 16.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Sin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen, Lombardgeschäften udo. aufkaufe. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück beste 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück beste 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. — 500 Probe-franco. — Nichtbenutzendes nehme unfranco zurück. — Versand nicht unter 100 Stck. — Th. Weller, Fernschhaus, Berlin G., Neue Schönhauserstr. 16. Kein Laden, nur 1 Zehrb. — Gegründet 1886.